

MAGAZIN FÜR ENGAGIERTE KATHOLIKEN

September-
Oktober 2024

Gemeinde *creativ*



INTERVIEW

Kardinal Reinhard Marx

SCHWERPUNKT

„Out of the box“-Lösungen

IHRE VORAUSSETZUNGEN UND UNSER BEITRAG ZUR

Demokratie

Informationen

- 4 Klare Kante gegen Extremismus
- 6 Kompetenzen nutzen, Kompetenzen bündeln

Meditation

- 8 Gleichnis von den anvertrauten Talenten
Von Gabriele Pinkl

Alle im Heft angegebenen Zusatzinformationen wie Links oder Literaturhinweise finden Sie auf unserer Homepage www.gemeinde-creativ.de stets beim jeweiligen Artikel.



FOTO: ERZBISCHÖFliches ORDINARIAT MÜNCHEN (EOM) / LENNART PREISS



12 Eine starke Stimme für unsere Würde

Kirche ist zwar keine Demokratie im klassischen Sinne, da ihr Souverän nicht das Volk ist, sondern Jesus Christus. Dennoch hat sie eine wichtige Rolle für den Erhalt der Demokratie zu übernehmen, denn nur darin wird der Vorstellung von der unantastbaren Würde jedes Menschen, die Betonung der Gerechtigkeit und der Barmherzigkeit Raum gegeben. **Gemeinde creativ** hat mit **Kardinal Reinhard Marx** über den Zusammenhang von Kirche und Demokratie gesprochen.



FOTO: PLANETZ / ADOBE STOCK

Schwerpunkt: Demokratie

- 10 Mehr als Wählen
Von Josef Fuchs
- 14 Dem Populismus entgegenwirken
Von Hildegard Müller
- 16 Nicht ohne den anderen
Von Sebastian Graef
- 18 Beitrag von Glauben und Kirche
Von Martin Kirschner
- 20 Mitbauen am Reich Gottes
Von Siegfried Grillmeyer
- 22 Lösungen „Out of the box“
Von Kathrin Steger-Bordon sowie Martin Wagner
- 24 Verwirrend bis gefährlich
Von Pat Christ
- 26 Werkstätten der Demokratie
Von Florian Hörlein
- 27 Demokratie braucht Unterstützung
Von Joachim Unterländer

Impressum

Alle Autorinnen und Autoren erreichen Sie über die Redaktion. Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Abdruck ist nach Rücksprache mit dem Landeskomitee möglich. **Gemeinde creativ** bemüht sich um eine Sprache, die niemanden ausgrenzt und alle Geschlechter anspricht. Wenn das einmal nicht gelingt, bitten wir um Nachsicht. **Gemeinde creativ** wird auf nachhaltigem Papier gedruckt.

Herausgeber und Verleger: Landeskomitee der Katholiken in Bayern
vertreten durch Dr. Alexandra Hofstätter, Geschäftsführerin
Redaktionsleiter: Dr. Hannes Bräutigam
Abo-Service und Vertrieb: Waltraud Keller

Kontakt: Landeskomitee der Katholiken in Bayern
Schäfflerstraße 9 | 80333 München
Telefon: 089 2137 77331
E-Mail: gemeinde-creativ@landeskomitee.de

Druck: Gebr. Geiselberger GmbH
Martin-Moser-Str. 23 | 84503 Altötting

Satz und Layout: Miriam Hase, München

Erscheinungsweise: 6 Ausgaben pro Jahr.
Jahresabonnement kostenfrei bestellbar unter www.gemeinde-creativ.de.
Kündigungen jederzeit möglich.

EDITORIAL

Eine Orientierung geben

Liebe Leserin, lieber Leser,

gottseidank wird es immer seltener, dass Vögel für private Zwecke in Käfigen gehalten werden. Ihr Wesen ist es in der Regel, zu fliegen. Waren sie lange in Käfighaltung und werden frei gelassen, setzen sie sich manchmal direkt wieder auf den Käfig, etwas perplex ob der neuen Möglichkeiten, die ihnen in allen Himmelsrichtungen offen stehen. Sie orientieren sich neu. Eine freiheitlich-demokratische Staatsform eröffnet Räume. Räume, sich zu entfalten, möglichst unabhängig von den Zufälligkeiten der eigenen Geburt.

Viele sind in demokratischen Verhältnissen aufgewachsen, die selbstverständlich waren. Demokratie wurde „konsumiert“. Nun wird immer deutlicher, dass eine reine Konsumentenhaltung nicht mehr ausreicht.

Eine freiheitlich-demokratische Grundordnung braucht verstärkt aktive menschliche Stützpfiler, die die demokratischen Werte hochhalten, damit Menschen ihre Persönlichkeit entfalten können. Hier kann die Kirche durch ihre Botschaften, ihre Bildungsangebote, Räume für Dialog und ihre Aktivitäten, Orientierung und Unterstützung bieten.

Die Autorinnen und Autoren dieser Ausgabe betonen, dass Demokratie eine Kultur benötigt, die tief im vopolitischen Raum verankert ist. Sie heben hervor, dass die Prinzipien der katholischen Soziallehre – Personalität, Subsidiarität, Solidarität und Nachhaltigkeit – wichtige Grundlagen für ein funktionierendes Gemeinwesen sind. Diese Prinzipien bieten Orientierung, um den Herausforderungen unserer Zeit zu begegnen. Die Bedeutung der Menschenwürde ist ein zentraler Wert, der Staat und Kirche verbindet.

Diese Ausgabe zeigt, wie neue Denkansätze kreative Lösungen finden können. Dies erfordert den Mut, festgefahrene Denkmuster zu durchbrechen und neue Wege zu beschreiten. Kirche soll als soziale Instanz zur



Förderung einer lebendigen demokratischen Kultur beitragen.

Gerade vor Ort ist jedoch die Umsetzung von politischem Engagement problematisch. Keiner will Unfrieden stiften oder gar für eine Spaltung der Pfarrgemeinde mitverantwortlich sein. Doch das wissen Rechtspopulisten auch und machen es sich zunutze, um an der Grenze zwischen Schweigen und Widerspruch ihre eigenen Botschaften zu senden. Auf den folgenden Seiten werden auch diese „Fälle“ besprochen. Vorneweg: am Widerspruch gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Demokratiefeindlichkeit führt kein Weg vorbei. Möge Ihnen dieses Heft dabei eine Unterstützung sein.

Viel Freude beim Lesen und gute Anregungen für Ihre kirchliche Arbeit wünscht Ihnen

Hannes Bräutigam

Hannes Bräutigam
REDAKTIONSLEITER

Ökumene

- 28 Den Raum für die christliche Botschaft verteidigen
Interview mit Philipp Hildmann

Katholisch in Bayern und der Welt

- 30 Bubbles – Demokratie abgeblasen?
Von Sandra Müller
- 31 Ellen Ammann und die Demokratie
Von Stephanie Remagen
- 34 Begeistert sein
Interview mit Martin Goppel
- 35 Anders gedacht
- 36 Cartoon
Von Thomas Pläßmann

Sonntagsschutz ist Menschenschutz



32 Aus dem Landeskomitee

FOTO: ASAD / ADOBE STOCK

Papua-Neuguinea – ein Land im Wandel

Die missio-Aktion zum Sonntag der Weltmission 2024 ruft auf zur Solidarität mit den Menschen in Papua-Neuguinea. Die Kampagne blickt in diesem Jahr besonders auf die Situation der Frauen und darauf, was die Folgen des Klimawandels für die Bewohner der Pazifikstaaten bedeuten. Papua-Neuguinea liegt aus europäischer Sicht auf der anderen Seite der Erde, weit entfernt. Und doch haben die Herausforderungen für den drittgrößten Inselstaat der Welt viel mit uns zu tun. Westliche Unternehmen beuten die rohstoffreiche Natur aus. Die Ozeane übersäuern, der Meeresspiegel steigt und zwingt die Bewohner der kleinen Inseln zur Umsiedlung. Gleichzeitig fühlen sich viele der rund 800 Ethnien in kürzester Zeit in ein modernes Heute geworfen. Ein Wandel hat die melanesische Gesellschaft erfasst. Die katholische Kirche nimmt ihre Verantwortung, die aus einer langjährigen Missionsgeschichte erwachsen ist, ernst. Als größte Kirche des Landes steht sie an der Seite der Menschen.



„Meine Hoffnung, sie gilt dir!“. Das Leitwort aus Psalm 39 steht für die Zuversicht, dass mit einer starken melanesischen Stimme und getragen von einer im Glauben verbundenen Gemeinschaft eine gute Zukunft für die Menschen im Pazifik möglich ist. (mk)

* Mehr unter www.gemeinde-creativ.de.

Deutsche Bischöfe und Demokratie

Klare Kante gegen Extremismus

Im Februar 2024 haben sich die deutschen Bischöfe gegen Extremismus ausgesprochen. Das vielfältige kirchliche Engagement für die Demokratie ist auf die Menschen vor Ort angewiesen.

Völkischer Nationalismus und Christentum sind unvereinbar Erklärung der deutschen Bischöfe

Im Sinne des christlichen Menschenbildes treten kirchliche Führungskräfte, Haupt- und Ehrenamtliche entschieden für die Demokratie ein.

Von Oliver Thomas Rau

Referent im Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz

Extremistische Tendenzen treten derzeit so stark und permanent zutage wie nie zuvor in der Bundesrepublik Deutschland. Besonders zeigt sich das am Rechtsextremismus: Über Parteien und Wahlergebnisse hinaus versuchen extremistische Kräfte, mit ihrer Ideologie in die Mitte der Gesellschaft vorzudringen. Dabei wollen sie durch bewusste Provokation Diskurse beeinflussen, die „Grenzen des Sagbaren“ verschieben und das Vertrauen der Bevölkerung in die



Demokratie erschüttern. Die Europawahl hat 2024 zudem gezeigt, dass rechte Parteien in vielen Ländern der EU hohen Zuspruch erfahren.

VÖLKISCHER NATIONALISMUS UND CHRISTENTUM

Am 22. Februar 2024 haben die deutschen Bischöfe die Erklärung *Völkischer Nationalismus und Christentum sind unvereinbar* einstimmig verabschiedet, nachdem sich die ostdeutschen Bischöfe bereits im Januar 2024 in ihrem gemeinsamen Wort *Eintreten für die Demokratie* positioniert hatten. In Bayern betonte die Freisinger Bischofskonferenz nochmal im

FOTO: DEUTSCHE BISCHOFSKONFERENZ

März 2024 die Unerlässlichkeit des Engagements für Demokratie, Menschenwürde und gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Die deutschen Bischöfe weisen in ihrer Erklärung alle Formen des Extremismus entschieden zurück. Sie widersprechen dem Verständnis des Volks als einem „Ethnos“ im Sinne einer „Gemeinschaft der ethnisch und kulturell Gleichen oder Ähnlichen“, einer „Abstammungs-“ oder gar „Blutgemeinschaft“.

Dagegen verteidigen sie die im Grundgesetz verankerte Vorstellung des Volks als „demos“, „als Gemeinschaft der Gleichberechtigten, die auf der Grundlage der Menschen- und Bürgerrechte unsere Gesellschaft gemeinsam aufbauen und gestalten“. Der christliche Glaube versteht die Menschen weltweit als eine große, geschwisterliche Familie – denn alle Menschen verfügen über die gleiche, gottgegebene und unantastbare Würde. Daher ist die christliche Verantwortung für Menschen und Umwelt universal: Sie endet nicht an Landesgrenzen und kennt keine ethnischen Schranken.

DIE DEUTSCHEN BISCHÖFE UND DIE DEMOKRATIE

Die Kirche ist Teil der Gesellschaft. Im Evangelium liegt der Auftrag begründet, das gesellschaftliche Leben konstruktiv mitzugestalten und sich für das Gemeinwohl zu engagieren. Deswegen darf die Kirche gegenüber Extremismus nicht gleichgültig sein, sondern muss „klare Kante“ zeigen und glaubwürdig handeln. Das heißt vor allem: die gleiche und unveräußerliche Würde aller Menschen verteidigen. Die im Grundgesetz verankerte Menschenwürde ist im christlichen Glauben vor- und mitgeprägt. In ihrer Erklärung machen die deutschen Bischöfe daher unmissverständlich klar, dass „[d]ie Verbreitung rechtsextremer Parolen – dazu gehören insbesondere Rassismus und Antisemitismus – [...] mit einem haupt- oder ehrenamtlichen Dienst in der Kirche unvereinbar“ ist.

Zur Wahrheit gehört, dass die Kirche sich lange mit der Demokratie schwergetan hat. Umso wichtiger ist, dass sich die deutschen Bischöfe heute in vielfältiger Weise dafür engagieren: Immer wieder haben sie sich

politisch zur Demokratie bekannt und in den vergangenen Jahren verstärkt vor Extremismus gewarnt. So hat im März 2017 Reinhard Kardinal Marx „rote Linien“ für legitimes politisches Engagement formuliert. 2019 hat die Deutsche Bischofskonferenz die Arbeitshilfe *Dem Populismus widerstehen* veröffentlicht, mit Hintergründen und Argumenten sowie pastoralen Anregungen zum Umgang mit Rechtspopulismus. Ebenfalls 2019 hat sie mit der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) im gemeinsamen Wort *Vertrauen in die Demokratie stärken* ihre Verantwortung für die freiheitlich-demokratische Grundordnung bekräftigt. Weitere Beispiele sind die regelmäßigen gemeinsamen Aufrufe der Kirchen zur Teilnahme an politischen Wahlen.

DER BEITRAG IN PFARREIEN UND GEMEINDEN VOR ORT

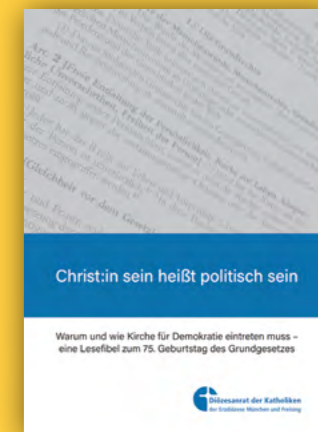
Diskursverschiebungen passieren nicht auf einen Schlag und mit lautem Getöse. Sie schleichen sich ein, in kleinen Schritten und an vielen Orten. Das können Äußerungen sein, die unwidersprochen bleiben, oder sogar Übergriffe zum Beispiel auf Geflüchtete oder auf Ehrenamtliche. Ressentiments gibt es auch in den Reihen der Kirche. Daher wird derzeit viel über den Umgang mit Menschen in der Kirche diskutiert, die offen mit rechtsextremem Gedankengut sympathisieren. Der Diskurs vor Ort lebt durch eine rege Teilnahme aller, um in Gesprächen über extremistische Positionen letztlich die Menschen dahinter zu erreichen. Dabei haben wir alle die Pflicht, extremistischen Äußerungen immer entschieden zu widersprechen. Zugleich müssen wir die christliche Position erklären und durch Dialog dazu beitragen, dass die Gesellschaft nicht (weiter) polarisiert. Die Erklärung der Bischöfe braucht die breite Unterstützung an der Basis der Kirche. Ein großer Dank gilt den hauptamtlich Beschäftigten und ehrenamtlich Engagierten, die sich in den Gemeinden, Verbänden und weiteren Einrichtungen vor Ort tagtäglich einbringen, sich für die Menschen engagieren und dadurch die Rolle der Kirche in und für die Gesellschaft glaubwürdig ausfüllen.

* Mehr unter www.gemeinde-creativ.de.

Christ sein heißt politisch sein

So lautet der Kerngedanke, der sich als roter Faden durch die Beiträge der sogenannten *Demokratiefibel* zieht. Die Losung gilt insbesondere für das Selbstverständnis des Laienapostolats: Laien leben als Christinnen und Christen in der Welt und sind dazu berufen, diese mitzugestalten und den menschenfreundlichen und barmherzigen Gott zu bezeugen. Der Diözesanrat der Katholiken der Erzdiözese München und Freising hat den 75. Geburtstag unseres

Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland am 23. Mai 2024 zum Anlass genommen, eine *Demokratiefibel* auszu-



arbeiten. Diese *Demokratiefibel* soll einerseits aufzeigen, welchen Beitrag Kirche, insbesondere das Laienapostolat, für die Gestaltung von Gesellschaft leisten kann und muss. Sie soll zudem verdeutlichen, dass Demokratie sowie die ihr zugrundeliegenden Werte auch in der biblisch-christlichen Tradition verankert sind. Darüber hinaus will die Publikation aufzeigen, dass rechtspopulistische Positionen in eindeutigem Widerspruch zur christlichen Botschaft stehen. Ein pastoral-praktischer Ausblick darüber, wie in Pfarreien mit Rechtspopulismus und demokratiegefährdenden Positionen umgegangen werden kann, rundet die Publikation ab. (rm)

* Mehr unter www.gemeinde-creativ.de.

FOTO: DIÖZESANRAT DER KATHOLIKEN DER ERZDIOZESE MÜNCHEN UND FREISING

Für Kinder mit gesundheitlichen Problemen



Der Caritas-Bundesverband Kinder- und Jugendreha e.V. feierte im Juni 2024 sein 100-jähriges Bestehen. Gegründet in Zeiten von Infektionskrankheiten im Jahr 1920 (Tuberkulose und Ausläufer der Spanischen Grippe), hatte die aktuelle Pandemie das Gedenken an die Verbandsgründung verschoben.

Begonnen als „Reichsverband katholischer Anstalten der Kindergesundheitsfürsorge“ setzt sich der Verband bis heute für Kinder und Jugendliche mit physischen und psychischen Belastungen ein. Spezielle Rehabilitationsmaßnahmen sind ein unverzichtbarer Baustein in der Versorgung von Kindern und Jugendlichen, die von chronischen Erkrankungen und Teilhabebeeinträchtigungen betroffen oder bedroht sind. Die konkreten Bedürfnisse immer wieder in die entsprechenden politischen Zusammenhänge einzubringen ist mehr denn je ein wichtiges Betätigungsfeld unseres Verbandes.

Zu diesem Anlass wurde ein neuer Vorstand gewählt. Neu im Vorstand sind Anne-Kathrin Hummel (Feldberg), Nora Volmer-Berthele (Wangen) und Sebastian Stief (Augsburg).

Vorsitzender bleibt Joachim Unterländer, MdL a.D. und Vorsitzender des Landeskomitees der Katholiken in Bayern, stellvertretender Vorsitzender Andreas Auer, Leiter der Klinik Hochried in Murnau und Vorsitzender des Bündnisses Kinder- und Jugendreha e.V. (pm)

* Mehr unter www.gemeinde-creativ.de.

Das Kompetenzzentrum für Demokratie und Menschenwürde stellt sich vor

Kompetenzen nutzen, Kompetenzen bündeln

Wer die Demokratie fördern und verteidigen will, der nimmt seine Motivation dafür aus der Überzeugung, dass mit demokratischen Strukturen und Einstellungen auch die Würde des Menschen mit all seinen Rechten geschützt wird.



Veranstalten, vernetzen, vermitteln sind die Hauptaufgaben des KDM.

Von Siegfried Grillmeyer

Akademiedirektor Caritas-Pirckheimer-Haus, Nürnberg

Der Philosoph John Dewey hat in der Einleitung zu seinem Grundlagenwerk *Demokratie und Erziehung* den treffenden Satz formuliert: „Demokratie muss in jeder Generation neu geboren werden, und Bildung ist ihre Hebamme.“ Er wird in seinen Arbeiten nicht müde darauf hinzuweisen, wie wenig selbstverständlich und damit gesichert unsere demokratische Lebensform ist und wie sehr sie daher nicht nur erlernt, sondern eben auch verteidigt werden muss. Man könnte nach den Erfahrungen der vergangenen Jahrzehnte auch den ebenfalls bekannten Satz ergänzen: „Wer in der Demokratie schläft, wacht in der Diktatur auf.“

Katholische Bildungsträger – die Akademien, Landvolkshochschulen, Jugendbildungsstätten und die Katholische Erwachsenenbildung – haben sich daher aus guten Gründen immer auch mit (gesellschafts-) politischer Bildung beschäftigt. Aufgrund der Notwendigkeit, diese Arbeit zu bündeln und zu verstärken, hat die Freisinger Bischofskonferenz im Jahr 2018 das *Kompetenzzentrum Demokratie und Menschenwürde*, kurz KDM, begründet. Im Gründungsdokument heißt es, dass das „Erstarken neuer rechter und populistischer Bewegungen erfordert, dass sich zivilgesellschaftliche und

Kompetenzzentrum Demokratie und Menschenwürde der Katholischen Kirche Bayern

kirchliche Akteure aktiv vor Ort für Demokratie und Menschenwürde einsetzen.“

VERANSTALTEN, VERNETZEN, VERMITTELN

Das KDM ist angesiedelt an der Domberg-Akademie in Freising (für den Süden Bayerns) und an der Akademie Caritas-Pirckheimer-Haus in Nürnberg (für den nördlichen Teil des Freistaats). Es gliedert seine Aufgaben unter den drei Schlagworten: Veranstalten und Bilden, Vernetzen und Erweitern sowie Vermitteln und Beraten. Seit das KDM seine Tätigkeit aufgenommen hat, wurden die Herausforderungen von Jahr zu Jahr größer und damit die Notwendigkeit, mit Bildungs-, Vernetzungs- und Beratungsarbeit (rechts)extremen, rassistischen und menschenfeindlichen Tendenzen entschieden entgegenzutreten und Menschen und Einrichtungen in dieser Auseinandersetzung zu stärken.

Wichtige Ansatzpunkte für die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus bieten die Einstellungen der sogenannten „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ (GMF). Diese Einstellungen und die den Einstellungen zugrundeliegende *Ideologie der Ungleichwertigkeit* bilden die subjektive Voraussetzung für die Akzeptanz rechtsextremer Deutungsmuster und Parteien. Die langjährige und intensive Erforschung der GMF hat gezeigt, wie sehr diese Haltungen in allen gesellschaftlichen Milieus zu finden sind und längst in der Mitte der Gesellschaft breiten Raum eingenommen haben. Die Ergebnisse der jüngsten Studie aus dem Jahr 2022/23 sind daher alarmierend: Neben einer Zunahme rassistischer Einstellungsmuster (31 Prozent der Befragten) konstatieren die Autorinnen und Autoren eine manifeste Zunahme rechtsextremer Einstellungen in der deutschen Bevölkerung (Rechtsextremes Weltbild: 8,3 Prozent gefestigt; 20,1 Prozent Teilzustimmung [2021: 1,7 Prozent; 12,1 Prozent]). Die hohen Umfragewerte für die AfD fallen also erstmals mit einem manifesten Einstellungswandel zusammen.



Viele, teils kostenlose Publikationen und Materialien unterstützen die Arbeit vor Ort.

GEFAHR DEUTLICH NACHWEISBAR

An dieser Stelle muss betont werden, dass sich das KDM gegen jede Form extremistischen und damit demokratiegefährdenden Gedankengut und Verhalten einsetzt, also gegen links-extremes wie rechtsextremes. Allerdings lässt sich deutlich nachweisen, aus welcher Richtung derzeit die Demokratie am meisten gefährdet wird. In einer Erklärung der Deutschen Bischofskonferenz vom 22. Februar 2024 wurde deutlich herausgestellt: „Gegenwärtig stellt der Rechtsextremismus die größte Bedrohung extremistischer Art für unser Land und für Europa dar.“ Der normative Kern des Christentums verpflichtet alle Gläubigen zur Achtung und Verteidigung des Grundgesetzes: „Für die Kirche aber ist klar: Jeder Mensch besitzt eine unantastbare und unverfügbare Würde. Sie gründet in der Gottebenbildlichkeit aller Menschen und ist die Basis der Menschenrechte. So ist die Menschenwürde der Ausgangs- und Zielpunkt des christlichen Menschenbildes. Dieses Denken hat auch in unserer Verfassung seinen Niederschlag gefunden.“

Diesem Auftrag stellt sich das KDM und freut sich über Anregungen und Rückmeldungen.

* Mehr unter www.gemeinde-creativ.de.

#zuwertvollfuerhass

Hass und Hetze im digitalen Raum gefährden unsere Demokratie und unser freiheitliches Miteinander. Sie missachten die Unantastbarkeit der Menschenwürde und müssen mit allen Mitteln bekämpft werden.

Dem widmet sich die aktuelle Videokampagne des Bayerischen Bündnisses für Toleranz (vgl. S. 28/29) für Respekt und Toleranz im Netz. In Clips, die auf der Homepage des Bündnisses eingestellt sind, kommen Menschen zu Wort, die von digitaler Hasskriminalität betroffen sind und etwas gegen diesen Hass unternehmen wollen.

„Lassen Sie uns gemeinsam aufstehen für Respekt und Toleranz im Netz, denn wir alle sind zu wertvoll für Hass!“, so der Bündnis-Sprecher Christian Kopp. Und Thorsten Schmiege, Präsident der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien, die das Projekt intensiv begleitet, ergänzt: „Ziel der Kampagne ist es, sowohl die Zivilgesellschaft zu stärken als auch die rechtlichen Grenzen aufzuzeigen und gegen Verstöße konsequent vorzugehen.“

#zuwertvollfuerhass

Die Reihe will aufmerksam machen, welch erschreckendes und demokratiegefährdendes Ausmaß diese Entwicklung inzwischen angenommen hat. Zugleich macht sie Mut, diesen Hass nicht passiv zu erdulden, sondern ihn gemeinsam zu bekämpfen. (ph)

* Mehr unter www.gemeinde-creativ.de.

(Mt. 25, 14 – 30 / Lk. 19, 11 – 27)

Gleichnis von den anvertrauten Talenten

Von Gabriele Pinkl

Sie kennen die Stelle im Neuen Testament sicherlich. Ein Mann geht auf Reisen und vertraut seinen Verwaltern, je nach deren Fähigkeiten, sein Vermögen (Talente) an. Der, der viel bekommt, wirtschaftet damit und gewinnt weitere „Talente“ hinzu, ebenso der, der nicht ganz so viel bekommt, aber immerhin etwas. Derjenige, der nur ein Talent bekommt, ist ängstlich und verzagt, vergräbt das ihm anvertraute Talent und gibt es dann, nach Rückkehr des Herrn, an ihn zurück.

Die ersten beiden werden für ihr unternehmerisches Handeln, ihr gutes Wirtschaften und ihren Einsatz gut belohnt. Der, der Angst hat und das ihm Anvertraute vergräbt, wird dafür ausgeschimpft und ihm wird es weggenommen.

Als Kind habe ich natürlich gehört, dass es um Talente, Fähigkeiten und Begabungen geht. Als Kind hat man ja nicht so sehr viel Bezug zum Geld. Aber egal, ob ich es eher materiell oder ideell lese – es hat mich als Kind schon „gewurmt“ und heute tut es das immer noch.

Natürlich weiß ich, wie wahr dieses Gleichnis auch heute noch ist: Wer etwas hat, kann es einsetzen, es kann Frucht bringen, Zinsen abwerfen – ich habe etwas, womit ich tätig werden kann. Ich habe eine Grundlage, die mich mutig genug macht, ins Risiko des Lebens zu gehen. So stimmt es auch heute noch.

Aber ich habe tiefes Mitgefühl mit den Armen, den Verzagten, die nichts haben, oder nur ganz wenig, mit dem sie arbeiten können, das sie einsetzen können. So wenig, dass sie sich immer weniger zutrauen. Denn auch heute noch gelten die mehr, die sich etwas zutrauen, die sich einbringen, die etwas riskieren und deshalb etwas gewinnen können. Aber wer hat denn bestimmt, dass sie arm sind? Wer hat ihnen denn die Talente nicht zugemutet? – oder schon vorher: Wer hat ihnen denn den Mut nicht gegeben, so dass sie früher schon aufgefallen wären, dass sie sich schon früh im Leben etwas zutrauen hätten können? Wo waren denn in ihrem Leben die ermutigenden Stimmen, der Trost, die liebevolle und zutrauende Begleitung, dass sie solche Leistungen vollbringen könnten?

EIN GUTER AUSGANG

Wo gilt das auch heute noch? Wo ermutigen *wir* diejenigen, die sich nicht trauen, die mutlos sind, verzagt, vielleicht sogar schon hoffnungslos? Wo gibt es die ausgleichende Gerechtigkeit, dass auch die Kleinen und Mutlosen etwas schaffen können?

Ich hätte gerne, dass diese Geschichte ein Ende hat wie die Märchen – dass diese Geschichte gut ausgeht.

Vielleicht so: Der Herr kommt nach Hause und sieht, wie die Ver-

walter gearbeitet haben. Er belohnt sie. Und zum Verzagten sagt er: Du hast dich nicht getraut. Was hättest ich tun können, dass du mutiger geworden wärest – dass du nicht Angst vor mir hättest? Was brauchst du, um dir mehr zutrauen zu können? Dann probieren wir es gleich nochmal, denn ich bin sicher: mit ein klein wenig Hilfe – und meinem Zutrauen – schaffst auch du es.

Oder: Der Verzagte gräbt das ihm anvertraute Talent aus – und – wie im Märchen, findet er dabei einen wertvollen Schatz, den nur er allein hat finden können, weil nur er dort gegraben hat.

Was hat Jesus sich mit dieser Geschichte gedacht? Klar: Traut euch was, dann gewinnt ihr! Ich habe dir etwas in die Hand gegeben – traue dir etwas zu.

MENSCHEN ERMUTIGEN

Aber es gibt sie, diese Verzagten: die arbeitslosen Frauen und Männer; die Menschen mit Einschränkungen; die Straftlassenen; die aus ihrem Land fliehen müssen; die vom Glück und Schicksal benachteiligt sind. Sie brauchen die Ermutigung Gottes – und unsere. Jede und jeder hat Begabungen, Schätze, Talente.

Ich möchte diese Menschen ermutigen, dass sie diese Talente in sich finden und heben, und sich dann, mit unserer Unterstützung, trauen, diese wirksam werden zu lassen. – Machen Sie auch mit?



Dienst an der Demokratie ist Dienst am Menschen

Mehr als Wählen

„Nie wieder ist jetzt!“ konnte man auf einigen Plakaten lesen, die seit Anfang 2024 auf vielen Demonstrationen für die Demokratie mitgeführt wurden. Diese Demonstrationen in Deutschland und in Europa sind ein wichtiges Signal. Doch was verstehen wir unter Demokratie?

Von Josef Fuchs

Sachausschuss „Mission-Gerechtigkeit-Frieden“ im Landeskomitee

Meist wird Demokratie verkürzt so dargestellt, dass die Bürgerinnen und Bürger in regelmäßigen Abständen wählen und die Mehrheit „Recht“ bekommt. Doch Demokratie ist mehr als das Prinzip der Majorität, wie beispielsweise Thomas Mann in seinem Vortrag *Vom zukünftigen Sieg der Demokratie* betonte. Ein wichtiges Merkmal der Demokratie ist die Gewaltenteilung: Regierung, Parlament und Gerichtswesen. Die Macht ist zeitlich begrenzt und Machtverhältnisse sind systemimmanent reversibel. In der Demokratie herrscht Recht, das auf einer Verfassung basiert. Um eine Verfassung festzuschreiben, muss die Gesellschaft einen Gemeinsinn, einen Ethos, eine Vorstellung entwickeln, wie sie leben möchte. Einen Meilenstein in der Menschheitsgeschichte und für die rechtsstaatliche Demokratie bildet die UN-Menschenrechtskonvention von 1948. In dieser Menschenrechtserklärung und später im deutschen Grundgesetz im Jahr 1949 sind Menschenwürde, Gerechtigkeit, Frieden, persönliche Freiheit, Religionsfreiheit, Meinungs- und Informationsfreiheit und vieles mehr verankert.

FÜR GERECHTIGKEIT UND WAHRHEIT

Die im Grundgesetz aufgeführten Staatsprinzipien Demokratie, Rechts- und Sozialstaatlichkeit, Republik und Föderalismus bilden die Basis des deutschen Verfassungsstaates.

Diese freiheitliche rechtsstaatliche Demokratie ist nicht selbstverständlich und muss immer von jeder Generation von Neuem erarbeitet und verteidigt werden. Die größte Gefahr kommt meist von innen. So können sich die politischen Mandatsträger und die Bürgerinnen und Bürger immer mehr von den Zielen und Inhalten der Verfassung entfernen bis hin zur Gleichgültigkeit und Zerstörung. Nichts höhlt eine Gesellschaft mehr aus, als ein fehlendes Bewusstsein für Gerechtigkeit und Wahrheit, sowohl in der Politik als auch in der gesamten Gesellschaft. Kunst, Kultur, Medien und Wissenschaft sind die ersten Opfer autokratischer Bestrebungen. Weltweit sind autokratische Regierungen auf dem Vormarsch. Das heißt aber nicht, dass die Idee der Demokratie auf dem Rückzug ist. Wir wissen nicht, wie viele Millionen Menschen sich in Diktaturen und Autokratien nach Freiheit und demokratischen Verhältnissen sehnen.

Bis zur Jahrtausendwende war der „informierte Bürger“ das Ideal in der Demokratie. Parteien und Medien, zunächst die Zeitungen und öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, lieferten die Informationen. Die Medien entwickelten sich zur „vierten Gewalt“ im Staat. Mit dem Erscheinen der interaktiven sozialen Medien gab es zunächst Hoffnung, dass diese die Demokratie beleben könnten. Doch heute sehen wir, dass die Gesellschaft durch Hass, Fake News und soziale Isolierung mehr gespalten und radikalisiert wird. Aus dem „informierten Bürger“ wird oft ein orientierungsloser Bürger, der nicht

mehr weiß, was er noch für wahr halten soll. Viele sehen keinen Wert mehr in der Demokratie, suchen in einer komplexen Welt nach einfachen Erklärungen oder beginnen, an Verschwörungsmythen zu glauben.

BEITRAG DER RELIGIONEN UND KIRCHEN

Dem demokratischen Rechtsstaat stehen verschiedene politische und juristische Mittel zur Verfügung, sich gegen Angriffe von innen und außen zu wehren. Es stellt sich die Frage, inwieweit die Kirche einen Beitrag zur Verteidigung der Demokratie leisten kann. Der Staat mag weltanschaulich neutral sein, kann aber ohne eigene Werte nicht existieren. Es gibt keinen wertefreien Raum. Im Wertekanon des Grundgesetzes spielt die Würde des Menschen die zentrale Rolle. Diese ist der wichtigste gemeinsame Wert, der Staat und Kirche verbindet, und muss deshalb auch gemeinsam verteidigt werden. „Die Menschenwürde ist der Glutkern des christlichen Menschenbildes und der Anker unserer Verfassungsordnung“, so die Erklärung *Völkischer Nationalismus und Christentum sind unvereinbar* der Deutschen Bischofskonferenz im Februar 2024. Die Bischöfe rufen dazu auf, Widerstand zu leisten, wenn Menschenwürde und Menschenrechte in Gefahr geraten, und sich gemeinsam aktiv für die freiheitliche Demokratie zu engagieren. Es ist zu wünschen, dass die Erklärung der Bischöfe in allen Gremien, vom Zentralkomitee der Katholiken bis zu den einzelnen Pfarrgemeinderäten, gemeinsam gelesen und diskutiert wird, was dieser Text für jeden persönlich und für die Gemeinschaft bedeutet – und dass sich daraus analog zum Friedensdienst ein dauerhafter Demokratiedienst in der Kirche entwickelt. Dies wäre ein Dienst an der



FOTO: JOSEF FUCHS

Eine Stimme zu gesellschaftlichen Entwicklungen erheben – hier seitens der Ordensfrauen für Menschenwürde.

Demokratie und am Menschen! In Zeiten von Hass und Hetze können die christlichen Kirchen das gemeinschaftliche Zusammenleben der Menschen fördern. In Gruppen, Räten und Verbänden können sie den Menschen helfen, Gemeinschaft zu erfahren und erlebbar zu machen. Die Gremienarbeit bietet die Möglichkeit, demokratische Spielregeln einzuüben, zu vertiefen und ja, auch auszuhalten. So schwierig die Jugendgruppenarbeit in der heutigen Zeit sein mag, ist sie doch ein möglicher Erfahrungsraum für Gemeinschaft und Demokratie. Dies sollte nicht nur als Aufgabe, sondern als Chance für die Kirche verstanden werden.

BILDUNG, VERNETZUNG UND DIALOG

Weiterhin kommt der Bildung in allen Lebensphasen eine große Bedeutung zu – in den Kindergärten, im Religionsunterricht und in der Erwachsenenbildung. Herauszuheben ist die

Arbeit des Kompetenzzentrums für Demokratie und Menschenwürde der Katholischen Kirche Bayern, mit seinen Standorten an der Domberg-Akademie Freising und an der Akademie Caritas-Pirckheimer-Haus Nürnberg.

In Zeiten des zunehmenden religiösen Fundamentalismus ist es um so wichtiger, den interreligiösen Dialog zu intensivieren und zu pflegen. Er geschieht weniger laut und oft im

OrdensFrauen für Menschenwürde

Im Sommer/Herbst 2018 hat sich in München eine Gruppe von Ordensfrauen gebildet, die ihre Stimme zu gesellschaftlichen und kirchlichen Entwicklungen erhebt. Innerkirchlich engagieren sie sich für eine gerechtere Verteilung von Verantwortung, für die Beteiligung von Frauen an allen Diensten und Ämtern und für eine Reform der Sexualmoral.

Auch die Themen „Klimawandel“ und die „Bewahrung der Schöpfung“ liegen ihnen am Herzen. So nehmen sie an verschiedenen Demonstrationen teil, organisieren Gebete, Veranstaltungen und Pilgerwege.

* Kontakt:

Sr. Susanne Schneider MC,
susannemariaschneider@gmail.com

Das Ja der Kirche zur Demokratie hat Tradition

Eine starke Stimme für unsere Würde

Kirche ist zwar keine Demokratie im klassischen Sinne, da ihr Souverän nicht das Volk ist, sondern Jesus Christus. Dennoch hat sie eine wichtige Rolle für den Erhalt der Demokratie zu übernehmen, denn nur darin wird der Vorstellung von der unantastbaren Würde jedes Menschen, die Betonung der Gerechtigkeit und der Barmherzigkeit Raum gegeben. *Gemeinde creativ* hat mit Kardinal Reinhard Marx über den Zusammenhang von Kirche und Demokratie gesprochen.

Gemeinde creativ: Kardinal Marx, im nächsten Jahr jährt sich das Konzil von Nicaea zum 1700. Mal. Das Konzil hat die Vorrangstellung der Bischöfe von Rom, Antiochien und Alexandrien festgezurr.

Heute tritt Kirche für eine freiheitliche Demokratie ein. Wie sehen Sie diese historische Wende und ihre Auswirkungen auf die Kirche?

Kardinal Reinhard Marx: Das Konzil von Nicaea war in der Tat ein entscheidender Moment in der Geschichte der Kirche und steht zu einer freiheitlichen Demokratie, wie wir sie heute kennen, weniger im Widerspruch, als es auf den ersten Blick erscheint. Das Konzil hat nicht nur theologische Grundlagen für die christliche Lehre gelegt, sondern auch eine Methode der Entscheidungsfindung etabliert, die auf Konsens und Mehrheiten basierte.

Dieses Prinzip – dass wichtige Entscheidungen durch Versammlungen und nicht durch Einzelpersonen getroffen werden – hat die Kirche in gewisser Weise zu einer frühen Vorläuferin demokratischer Prozesse gemacht, auch lange bevor viele andere Institutionen auf diesen Gedanken gekommen sind.

Sie haben die Tradition der synodalen Prozesse in Ihrer Erzdiözese neu belebt. Sehen Sie das als eine Wiederbelebung alter Traditionen und wie passt das in die moderne Kirche?

Synodale Prozesse bieten einen Raum, in dem verschiedene Stimmen gehört werden und kollektive Erkenntnisse zur Entscheidungsfindung beitragen können. In einer erneuerten Kirche ist es essenziell, diese Tradition fortzusetzen und anzupassen, um den Herausforderungen unserer Zeit gerecht zu werden. Die Synodalität fördert die Partizipation des gesamten Volkes Gottes und stärkt das Gemeinschaftsgefühl. Es ist nicht nur eine Wiederbelebung, sondern eine Weiterentwicklung, die auf den Fundamenten unserer Tradition aufbaut.

Sie erwähnten, dass wichtige Entscheidungen in der Kirchengeschichte oft mit großen Mehrheiten getroffen wurden. Können Sie das genauer erläutern?

Historisch gesehen war es für die Kirche immer wichtig, dass bedeutende Entscheidungen eine breite, ja einmütige Zustimmung finden. Das Konzept der Einmütigkeit, das zentral ist für das kirchliche Verständnis von Synodalität, bedeutet, dass Entscheidungen nicht durch knappe Mehrheiten getroffen werden, sondern dass ein möglichst breiter Konsens angestrebt wird.

Diese Praxis soll befördern, dass wichtige Entscheidungen, insbesondere in Glaubensfragen und bei der Besetzung zentraler Ämter, die Unterstützung einer sehr großen

Mehrheit haben. Es geht darum, die Einheit und den Zusammenhalt der Kirche zu bewahren, indem eine Spaltung der Kirche in Mehrheit und Minderheit vermieden wird. Ein aktuelles Beispiel ist die Weltsynode, die Papst Franziskus initiiert hat. Diese Synode ermutigt die gesamte Kirche, über ihre eigenen Strukturen und Prozesse nachzudenken und Wege zu finden, wie sie noch inklusiver und partizipativer werden kann. Wie denken Sie, dass die Kirche aktiv werden muss, wenn es um Demokratie geht? Haben Sie ein aktuelles Beispiel dafür?

Die Kirche leistet einen wichtigen Beitrag dazu, demokratische Werte zu fördern, auch wenn sie selbst keine Demokratie im klassischen Sinne der Staatsform ist. Demokratie erfordert eine Kultur der Partizipation, des Dialogs und des Respekts vor der Würde des Einzelnen – Werte, die tief im christlichen Glauben verankert sind.

Das zeigt etwa das Engagement von Papst Franziskus in Klimafragen durch *Laudato sí* und *Laudate deum*. Denn auch Klimaverantwortung trägt bei zur Förderung der Demokratie und zur Wahrung der Menschenrechte.

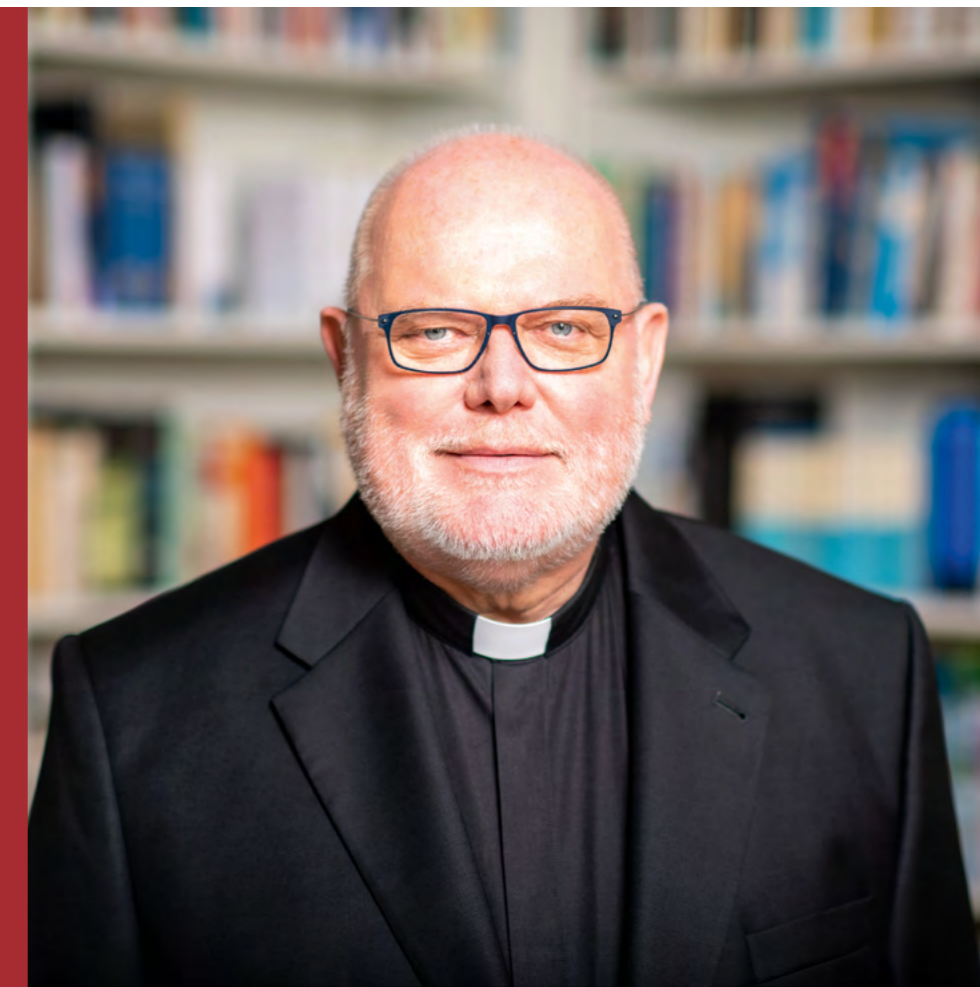
Wenn wir von der strukturellen Ebene zur persönlichen Haltung übergehen, wie sieht die Kirche die Rolle des christlichen Bekenntnisses?

Der christliche Glaube hat eine fundamentale Rolle dabei gespielt, die Ideen zu formen, die moderne Demokratien unterstützen. Die christliche Grundhaltung – einmal unabhängig von ihrer jeweiligen geschichtlichen oder politischen Realität – ist von der Bibel her immer schon gegeben: die Vorstellung von der unantastbaren Würde jedes Menschen, die Betonung der Gerechtigkeit und der

Kardinal Reinhard Marx

wurde am 21. September 1953 in Geseke geboren. Nach seinem Theologiestudium in Paderborn, Paris, Münster und Bochum wurde er 1979 zum Priester geweiht. 1996 wurde er Weihbischof in Paderborn, 2001 Bischof von Trier und 2007 Erzbischof von München und Freising. 2010 ernannte ihn Papst Benedikt XVI. zum Kardinal. Marx war von 2013 bis 2023 Mitglied des Kardinalsrats von Papst Franziskus und bis 2020 Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz. Er setzt sich für soziale Gerechtigkeit und synodale Prozesse in der Kirche ein.

FOTO: ERZBISCHÖFLICHES ORDINARIAT MÜNCHEN (EOM)



Barmherzigkeit. Diese Prinzipien sind eine wesentliche Grundlage unserer modernen Demokratie seit dem 18. Jahrhundert und auch der Menschenrechte, wie sie etwa in der Präambel der Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten zum Ausdruck kommen. Auch das Engagement jedes Einzelnen, ohne das eine Demokratie nicht lebt, wird in der Kirche vorgeprägt und eingeübt. Gerade in Verbänden, besonders in Jugendverbänden, diskutieren die Menschen lebhaft, ringen um Kompromisse und lernen zum Beispiel, vor einem großen Publikum zu reden und sich für ihre Positionen stark zu machen. Das sind Erfahrungsräume, die ich immer sehr unterstützt habe und unterstützen werde.

Sie haben Sorgen über das demokratische Zusammenleben geäußert. Was bereitet Ihnen besonders Sorgen?

Eine meiner größten Sorgen ist die zunehmende Gleichgültigkeit und das mangelnde Engagement der Menschen. Demokratie erfordert mehr als nur die Teilnahme an Wahlen; sie braucht eine aktive und in-

formierte Bürgerschaft. Auch in der Kirche sehen wir teilweise eine geringe Beteiligung an Entscheidungsprozessen, was darauf hinweist, dass manche nicht das Gefühl haben, dass ihre Stimme zählt.

Wir merken, Demokratie hat große Voraussetzungen, die sich nicht in einem Wahlgang erschöpfen. Es ist entscheidend, dass wir Wege finden, das Interesse – auch am Anderen – und die Beteiligung zu erhöhen. Das erfordert Bildung und das Bewusstsein, dass Demokratie und Partizipation zentrale Elemente unseres Glaubens sind.

Gibt es in Ihrer Erzdiözese konkrete Maßnahmen, um die Beteiligung zu erhöhen?

Ja, wir haben verschiedene Initiativen ins Leben gerufen, um die Beteiligung zu fördern. Eine davon ist die Möglichkeit der Briefwahl bei Pfarrgemeinderatswahlen, die bereits zu einer höheren Wahlbeteiligung geführt hat. Und wir haben verschiedene Kampagnen gestartet, auch jetzt wieder, zur Kirchenverwaltungswahl im November, damit jeder Einzelne

erkennt: Mein Engagement lohnt sich! Es ist wichtig, dass die Menschen verstehen, dass ihre Beteiligung einen Unterschied machen kann und dass sie Teil eines größeren Ganzen sind. Dafür braucht es positive Konzepte und den Willen von Menschen, die auf dem Boden eines letztlich biblisch begründeten Menschenbildes stehen.

Abschließend, was sind Ihre Hoffnungen für die Zukunft der Kirche und der Demokratie?

Meine Hoffnung ist, dass die Kirche weiterhin eine starke Stimme für die Würde des Menschen, für verantwortliche Freiheit und für Gerechtigkeit bleibt. Der christliche Glaube bietet eine gute Grundlage für eine Gesellschaft, in der Menschen respektvoll miteinander umgehen.

Es ist wichtig, dass wir als Kirche weiterhin Wege finden, die Menschen zu ermutigen, sich zu engagieren und Verantwortung zu übernehmen. Nur so können wir eine gerechte und friedliche Gesellschaft fördern.

Vielen Dank für das ausführliche und aufschlussreiche Interview.

Für ein weltoffenes, vielfältiges und tolerantes Miteinander

Dem Populismus entgegenwirken



FOTO: FOTTOO / ADOBE STOCK

Eine Zukunft, die Frieden, Sicherheit und Arbeitsplätze bietet, braucht eine starke Wirtschaft und attraktive Standorte, wie hier bei der internationalen Automobil-Ausstellung 2021 in München demonstriert wird.

Wir wurden in den vergangenen Jahren mit neuen Herausforderungen konfrontiert: eine Pandemie mit nie dagewesenen Einschränkungen des (öffentlichen) Lebens, ein völkerrechtswidriger Krieg Russlands gegen die Ukraine mit massiven Folgen für Europa und die Welt, der Terrorangriff der Hamas gegen Israel und die Folgen für die Menschen in der Region sowie eine umfassende Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft. Es scheint, dass kein Stein auf dem anderen bleibt, vieles verändert sich. Menschen werden verunsichert, viele suchen nach Antworten auf komplexe Fragen.

Von Hildegard Müller

Präsidentin des Verbandes der Automobilindustrie (VDA)

Wir leben in schwierigen Zeiten. Es sind Zeiten, in denen auch die Demokratie in Gefahr gerät. Populisten und Extremisten versuchen auf

immer aggressivere Art und Weise, die Zukunftsängste der Menschen für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. Wir müssen dieser Entwicklung entschlossen entgegenreten. Hass, Ausgrenzung und Fremdenfeindlichkeit haben in unserer Gesellschaft genauso wenig einen Platz wie man-

gelnder Respekt und die Akzeptanz unserer Werte- und Rechtsordnung. Die deutsche Automobilindustrie wie auch viele andere Wirtschaftsbereiche in Deutschland setzen sich dafür ein, dass die Pfeiler von Welt-offenheit, Toleranz, von positiver Neugier geleitetem Austausch und Diversität nicht ins Wanken geraten. Wir stärken die Werte, die auch Sie in den Pfarrgemeinden den Menschen nahebringen.

DIE DEUTSCHE WIRTSCHAFT GEHT VORAN

Die deutsche Wirtschaft ist aktiv, dies hat unter anderem eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) gezeigt. Sie kommt zu dem Ergebnis: Die Mehrheit der Unternehmen hat sich gegen die AfD positioniert –

54,2 Prozent innerhalb des Betriebs, 47,3 Prozent auch in der Öffentlichkeit. Dass sich die Wirtschaft klar positioniert, ist wichtig – und zwar gegen alle Formen des Extremismus und des Populismus. Es muss darum gehen, dass die demokratische Mitte in unserem Land gestärkt wird. Wir müssen die Menschen in ihrem Alltag unterstützen, sie zum Austausch anregen.

Wie uns das am besten gelingen kann? Ich bin überzeugt: Indem wir Populisten und Extremisten inhaltlich stellen. Wir müssen anhand von Zahlen, Daten und Fakten offenlegen, dass ihre Lösungsansätze und ihre Politik unser demokratisches und unser wirtschaftliches Fundament bedrohen. Damit werden Wachstum, Wohlstand und Arbeitsplätze ernsthaft in Gefahr gebracht. Es ist von zentraler Bedeutung, dass wir alle – damit meine ich die deutsche Wirtschaft, aber genauso auch alle anderen demokratischen Kräfte – den Bestrebungen der Populisten und Extremisten von Rechts- und Linksaußen entgegenwirken. Wir als deutsche Wirtschaft wollen dem Vorbildcharakter, den wir gerade auch für viele Beschäftigte in den Betrieben haben, gerecht werden.

BRAUCHEN EINEN WETTBEWERBSFÄHIGEN STANDORT

Die Unternehmen sind fest verankert in vielen Regionen und sind dort wichtige gesellschaftliche Akteure, mit denen die Menschen sich identifizieren. Wir wollen, dass das so bleibt. Aufgrund der herausragenden Relevanz der Unternehmen der deutschen Wirtschaft setzen wir uns daher auch mit Nachdruck dafür ein, dass der Standort Deutschland endlich wieder international wettbewerbsfähig wird – ein weiteres wirksames Mittel, um Unsicherheiten zu reduzieren. Wir brauchen geringere Steuern und Abgaben, niedrigere Energiekosten und weniger Bürokratie, damit die Unternehmen weiterhin aus ihren Heimatregionen heraus erfolgreich sein können. Auch beim Thema Fachkräftegewinnung müssen wir noch attraktiver werden. Mit erstarkenden Populisten und Extremisten, die Abschottung wollen, wird das ganz sicher nicht gelingen. Wir müssen zeigen,

dass das keine Lösung ist und schon gar kein Weg in eine Zukunft, die Frieden, Sicherheit und Arbeitsplätze verspricht. Wir müssen das zu jeder Zeit und bei jeder Gelegenheit, bei jeder Debatte, immer wieder verdeutlichen.

Das vor allem im Kontext der Wahl des EU-Parlaments am häufigsten diskutierte Beispiel ist die Überlegung der AfD, dass Deutschland aus der EU austreten sollte. Dieser sogenannte „Dexit“ würde laut einer weiteren Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft nicht nur etwa 690 Milliarden Euro an Wertschöpfung kosten, sondern auch Millionen Arbeitsplätze in Deutschland vernichten. Das wäre ein verheerender Schlag für unser Land – und einer, der vor allem die Menschen mit kleinerem und mittlerem Einkommen treffen würde. Das zeigt: Die AfD ist keine Partei für die „kleinen Leute“, wie sie von sich selbst immer wieder gerne behauptet.

Dieses Beispiel illustriert eindrücklich die inhaltliche Entlarvung aktueller populistischer und extremistischer Forderungen. Denn diejenigen, die sie propagieren, ignorieren damit eine für unsere Zukunft ganz zentrale Erkenntnis: Wenn Deutschland weiter Wachstum und Wohlstand generieren und geopolitisch relevant bleiben will, geht das nur in Zusammenarbeit mit anderen Ländern. Wir brauchen daher die Zusammenarbeit, die Verbundenheit. Bündnisse, Handelsabkommen, mehr globale Vernetzung – darauf basiert unsere Zukunft. Und ganz sicher nicht auf Isolation. Wir müssen auch weiter auf die Europäische Union setzen und sie weiterentwickeln. Dazu müssen wir neue zuverlässige Partner finden, mit denen wir zusammenarbeiten können.

Wir dürfen die inhaltliche Konfrontation mit Populisten nicht scheuen. Im Gegenteil: Wir müssen offensiv in die inhaltliche Auseinandersetzung einsteigen. Gleichzeitig müssen die demokratischen Parteien dieses Landes es schaffen, für eine Politik zu stehen, die Sicherheit ausstrahlt, die die Sorgen, Ängste und auch die berechtigte Kritik der Menschen ernstnimmt. Es muss darum gehen, Probleme endlich anzugehen und den Menschen in unserem

Land das Vertrauen zu geben, dass es einen Plan für die Zukunft unseres Landes gibt.

POSITIVE GESCHICHTEN ERZÄHLEN

Um positive Zeichen zu setzen, sollten wir auch viel mehr zeigen, was wir können. Wir können viele positive Geschichten erzählen, so wie die der deutschen Automobilindustrie. Unsere Mitgliedsunternehmen investieren hohe Summen – bis 2028 sind es weltweit etwa 280 Milliarden Euro, die die Unternehmen in Forschung und Entwicklung investieren. Mehr als jeder dritte Euro, den Unternehmen in Deutschland für Forschung und Entwicklung aufbringen, stammt aus der Automobilindustrie. Knapp ein Drittel aller Beschäftigten der Forschungsbereiche in der deutschen Wirtschaft ist in der Automobilindustrie tätig. Die Automobilindustrie erwirtschaftet mehr als 500 Milliarden Euro Umsatz im Jahr und trägt damit knapp ein Fünftel zur Bruttowertschöpfung im verarbeitenden Gewerbe bei. Die Unternehmen stehen für Fortschritt, Innovation und arbeiten mit hohem Engagement an einer klimaneutralen Mobilität der Zukunft.

Dazu kommt: Allein in den Unternehmen der deutschen Automobilindustrie sind circa 780.000 Menschen beschäftigt. Wir leben jeden Tag in unseren Unternehmen Weltoffenheit, Toleranz und Vielfalt. Diese Werte sind Teil unserer DNA als international agierende Unternehmen – und darüber hinaus von elementarer Bedeutung für unser Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell. Sie ermöglichen unseren Erfolg. Einen Erfolg, den wir in einem weltoffenen Deutschland fortschreiben wollen.

Als Wirtschaft können wir viele Leute erreichen, wir können viel bewegen. Unterschätzen Sie aber auch nicht den Unterschied, den Sie in den Pfarrgemeinden machen können. Ganz gleich, ob Sie im Haupt- oder Ehrenamt aktiv sind: Sie kommen mit vielen Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch und müssen diese Chancen nutzen. Setzen Sie sich für die Demokratie ein und dafür, dass unsere Gesellschaft nicht auseinanderdividiert wird. Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten – es ist unser Land.

Demokratie und Kirche

Nicht ohne den anderen

In einer Zeit, geprägt von gesellschaftlichen Herausforderungen und politischen Umbrüchen, die immer mehr den Blick darauf richten, was (frei nach Goethe) „unsere (demokratische) Welt im Innersten zusammenhält“, rücken gerade auch kirchliche Institutionen zunehmend in den Blick der Öffentlichkeit.

Von Sebastian Graef

Fachstellenleitung „Kirche in Gesellschaft“, Diözese Regensburg

Wie viele unserer Institutionen muss sich auch Kirche zunehmend die Frage gefallen lassen, welchen Beitrag sie zu unserem demokratischen Miteinander leistet, wie sie effektiv die Bühnen unserer Welt (analog und digital) bespielen kann und wie sie dabei ihren Einfluss nutzen kann, um unsere Gesellschaft auch zukünftig demokratisch zu erhalten.

Dabei kommt der Rolle der Kirche eine zunehmend wichtige Bedeutung zu: Gleichmaßen als „moralisches Rückgrat“ vermag sie es wie kaum ein anderer, durch ihre menschenbejahende Lehre, ihre Präsenz, ihr Handeln und ihre Struktur demokratische Strömungen in unserer Gesellschaft zu stärken, Unterwanderungen anzumahnen, und – ausgehend von den kleinsten kirchlichen Einheiten – unseren Pfarrgemeinden, Vereinen und Verbänden einen positiven Beitrag zur Förderung einer lebendigen demokratischen Kultur zu leisten; durch ihre vielfältigen sozialen und karitativen Aktivitäten trägt sie auf ganz praktische Weise dazu bei, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern und staatliche Strukturen zu erweitern. Indem es Kirche so schafft, – entgegen dem Trend – weiter mentale, physische und digitale Räume für Dialog, Bildung und Meinungsfreiheit bereitzustellen und die Prinzipien der Demokratie anschaulich vorzuleben, stärkt sie die Zivilgesellschaft direkt an der Basis. Die Werte, die sie dabei repräsentiert, fördern nicht nur einen respektvollen und verantwortungsbewussten Umgang miteinander,

sondern machen demokratisches Zusammenleben erst möglich; umso wichtiger ist es, sich dieses enormen Potenzials gewahr zu werden und hier die eigenen Möglichkeiten vollends auszuschöpfen.

RÄUME FÜR DISKURS ERÖFFNEN

Besonders in Zeiten gesellschaftlicher Herausforderungen ist es wichtig, dass die Kirche ihre Rolle als soziale Instanz annimmt und durch ihr Wirken in die Gesellschaft hinein – auf allen ihr offenstehenden Kanälen – Orientierung und Unterstützung für unsere demokratische Gesellschaft im Angesicht zunehmender Ressentiments und exklusiver Gesellschaftsvisionen anbietet. Durch eine aktive Teilnahme am zivilgesellschaftlichen Geschehen und in Kooperation mit staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen fördert Kirche auf praktische Art die Pluralität und Dynamik des demokratischen Diskurses in der Gesellschaft.

Gerade durch ihre Bildungsangebote – in den katholischen Akademien, der Katholischen Erwachsenenbildung (KEB), oder den zahlreichen Verbänden und Ortsgruppen – vermag sie es, Räume zu eröffnen, die es Menschen erlauben, sich miteinander zu vernetzen, Diskurse auszufeuchten und der Allgemeinheit eine wertebasierte Weltsicht zu vermitteln; gleichsam als Gegenentwurf zur heutigen zunehmend materialistisch, teils gar utilitaristisch geprägten Grundhaltung. Zweifelsohne ist es dabei eine der Herausforderungen der kommenden Jahre, diese vielerorts bereits vorbildliche Vernetzung nun auch in den digitalen Raum zu übertragen.

DIGITALE RÄUME NICHT NUR BEREICHERND

Leider sieht sich die Demokratie gegenwärtig vielfältigen Gefahren ausgesetzt, die ihre Stabilität und Integrität bedrohen. Populistische Bewegungen und politische Parteien, die das Vertrauen in demokratische Institutionen und Prozesse untergraben, indem sie simplifizierte Lösungen für komplexe Probleme propagieren und Ressentiments gegen Minderheiten schüren, erleben derzeit einen spürbaren Aufschwung. Gleichzeitig tragen die zunehmende Verbreitung von Desinformationskampagnen und Fake News, vornehmlich im digitalen Kontext – den, wie die letzte Europawahl gezeigt hat, gerade radikale Gruppen exzellent zu nutzen wissen – maßgeblich dazu bei, die öffentliche Meinung zu manipulieren und Misstrauen gegenüber etablierten Medien und politischen Akteuren zu säen.

Der digitale Raum und neue Technologien, wie etwa Künstliche Intelligenz (KI), spielen zweifelsohne eine zunehmende und durchaus auch bereichernde Rolle auf der sozio-politischen Ebene; sie stellen jedoch auch eine nicht unerhebliche Herausforderung für unsere gewohnten demokratischen Abläufe dar, haben sie doch die Art und Weise, wie Informationen verbreitet und wahrgenommen werden, grundlegend verändert.

AKTIVES MITMISCHEN IM DIGITALEN DISKURS

Besonders der Einsatz von Algorithmen in sozialen Medien, Suchmaschinen und Browsern führt leicht dazu, dass Nutzer in sogenannten Filterblasen gefangen sind, in denen sie vor allem mit Informationen konfrontiert werden, die ihre bereits bestehenden Ansichten verstärken, und so das individuelle Realitätsbild maßgeblich verzerren. Dadurch verstärken sich gesamtgesellschaftliche Trends hin zu Polarisierung und erschweren einen konstruktiven öf-



In schnellebigen, unübersichtlichen und digitalen Zeiten verschwimmt oft der Fokus auf die Person an sich. Der christliche Glaube rückt sie jedoch wieder in den Mittelpunkt.

fentlichen Diskurs, der für eine funktionierende Demokratie von so zentraler Bedeutung ist, mit dem Resultat, dass das Vertrauen in demokratische Prozesse weiter untergraben wird und die öffentliche Meinung manipuliert werden kann.

Angesichts dieser Bedrohungen ist es unerlässlich, dass Institutionen wie die katholische Kirche ihre Rolle als moralische Instanz und zur Förderung demokratischer Werte auch in diesen Kontexten und Foren vehement verteidigt, indem sie eben jene offenen Diskurs- und Begegnungsräume erhält, die im digitalen Kontext mitunter verengt werden, und sich auch hier durch aktives „Mitmischen“ als Diskursteilnehmer positioniert.

MUT ZUR UNPERFEKTEN UMSETZUNG

Gerade auf niedrigschwelliger Ebene, wie etwa in Verbänden oder in

Pfarreien, kann Kirche nach wie vor merklich zur Stärkung des demokratischen Klimas positiv einwirken: In Form von Bildungs- und Gesprächsangeboten kann sie dazu beitragen, Bühnen für einen offenen und respektvollen Dialog zu schaffen, auf denen unterschiedliche Standpunkte gehört und diskutiert werden können; in der Bespielung digitaler Räume kann sie ihren Werten und Initiativen eine Plattform bieten; durch die Schulung ihrer Mitglieder können Verbände zur Stärkung der „digitalen Resilienz“ beitragen. Wichtig ist hier gar nicht so sehr die von Anfang an absolut perfekte Umsetzung, sondern vielmehr die Etablierung von Plattformen zum gemeinschaftlichen Austausch und die Bereitschaft, mit der Gesellschaft zu wachsen und zu lernen. Bildungsangebote und Seminare können hierbei nicht nur intellektuelle Brandmauern einreißen,

sondern auch die Medienkompetenz der Gemeindemitglieder stärken und sie für die Herausforderungen und Chancen des digitalen Zeitalters sensibilisieren. Schon heute ist es nicht zuletzt das kirchliche Engagement in digitalen Netzwerken und Foren, das oft einen merklichen Akzent wider antidemokratische Strömungen setzt.

Indem sich unsere Kirche allem voran als Ort der Begegnung und Reflexion versteht, kann sie so auf allen Ebenen einen wertvollen Beitrag leisten, um ein glaubwürdiges Vorbild für demokratisches Verhalten und moralisches Handeln zu sein; sie kann so als kraftvolle Stimme für Solidarität und Gemeinwohl wirkungsvoll zur demokratischen Kultur und zur gesellschaftlichen Stabilität beitragen und ihrem innersten Auftrag gerecht werden, sich für ein friedlicheres, offeneres und egalitäreres Miteinander einzusetzen.

Erneuerung einer Demokratie in der Krise

Beitrag von Glauben und Kirche



FOTO: STEFFEN PRÖSSDORF, CC BY-SA 4.0

Das deutsche Parlament und die Versammlung der Synode in Rom: Angesichts der Krisen und destruktiven Tendenzen unserer Zeit müssen Demokratisierung und Synodalisierung ineinandergreifen.

Die Demokratie lebt in ihren Verfahren und Strukturen von einer Kultur, die sie trägt. Diese ist im vopolitischen Raum angesiedelt und einem direkten politischen Zugriff entzogen. Mit drei Aspekten wird deutlich, wie Kirche trotz ihrer eigenen Krise zu einer Erneuerung der Demokratie beitragen kann.

Von Martin Kirschner

Professor für Theologie in Transformationsprozessen an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt

Demokratie ist ein sehr hoher Wert, den es zu schützen und zu bewahren gilt. Freiheit und die Anerkennung der Menschenwürde, aktive Mitgestaltung am politischen Gemeinwesen und die Kontrolle von Macht, Transparenz und Öffentlichkeit, die Freiheit der Meinungsäußerung und der Wissenschaft, die Glaubensfreiheit und der Respekt vor dem Gewissen, die Möglichkeit zum öffentlichen Widerspruch und zur Verweige-

rung des Kriegsdienstes, die Kontrolle der Regierung und der Mächtigen in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft, die Möglichkeiten von öffentlichem Widerspruch und einer auch grundsätzlichen Kritik der Mächtigen und des Systems – all das und noch viel mehr hängt eng mit einer funktionierenden Demokratie zusammen.

Demokratie ist dabei kein abstraktes Ideal, sondern lebt von ihrer konkreten Umsetzung. Sie ist kein Zustand, den man mit den real existierenden „westlichen Demokratien“ identifizieren könnte, um diese dann gegen ihre Feinde im Inneren und im Äußeren zu verteidigen. Demokratie muss immer wieder neu errungen,

neu „demokratisiert“ werden. Ihre Freiheit muss sich an der „Freiheit der Andersdenkenden“ (Rosa Luxemburg) zeigen; die Verpflichtung auf Menschenrechte und eine „regelbasierte Ordnung“ muss sich im selbstkritischen Umgang mit ihren Gegnern, in der Einhaltung der eigenen Prinzipien und im Vorrang der Diplomatie bewähren. Hier liegt viel im Argen: Nicht nur die Kirche, auch die Demokratie befindet sich in einer tiefen Krise. Der Demokratieforscher Wolfgang Merkel meidet zwar den Begriff der Krise, doch spricht er von „unübersehbaren Demokratieverlusten“ und einer über zwei Jahrzehnte reichenden „Erosion oder Regression“ von Demokratien: „Seit 2008 verlieren die politischen Regime der Welt Jahr für Jahr an demokratischer Qualität. Dies gilt auch für die besten rechtsstaatlichen Demokratien.“

Hartmut Rosa weist in seinem Würzburger Vortrag *Demokratie*

braucht Religion von 2022 auf die Relevanz eines gläubigen oder spirituellen Weltverhältnisses für die Demokratie heute hin. Im Gespräch mit ihm möchte ich drei Aspekte herausheben, wie Glauben und Kirche – trotz ihrer eigenen Krise – zu einer Erneuerung der Demokratie beitragen können.

RESONANZ STATT AGGRESSION

1. Kern und Ausgangspunkt ist die Unterscheidung von Gott und Welt, von Schöpfer und Geschöpf. Das hat zunächst eine negative, kritische Bedeutung: Nichts Endliches darf absolut gesetzt, keine Position darf mit der Wahrheit schlechthin gleichgesetzt werden, die Stelle des Letzten und die Mitte der Macht muss dem menschlichen Zugriff entzogen bleiben. Damit wird das Politische als Bereich des „Vor-Läufigen“, „Vorletzten“ und „Bedingten“ markiert. Die Kritik an Götzen, an Ideologien, Bildern und Konzepten, welche die Stelle Gottes einnehmen, gilt aber auch für die Religion selbst als Sphäre dessen, „was unbedingt angeht“ (Paul Tillich): Kirche muss sich selbst relativieren und kritisieren auf den je größeren Gott hin, der ein Gott aller Menschen ist und ihr nicht „gehört“. Hartmut Rosa macht deutlich, wie die Unverfügbarkeit Gottes darauf verweist, dass das Wesentliche und Letzte auch im Verhältnis der Menschen untereinander, zur Schöpfung und zur Welt unverfügbar bleibt. Ein „Aggressionsverhältnis“ zur Wirklichkeit, das diese zu kontrollieren und zu beherrschen sucht, sie dabei aber in ihrer Sinnhaftigkeit verfehlt und zerstört, kann einem Verhältnis der „Resonanz“ weichen. Diese zeichnet sich aus durch ein Hören auf die Anderen und auf die begegnende Wirklichkeit, durch die Fähigkeit zum Antworten und durch die Bereitschaft, sich dabei selbst verwandeln zu lassen.

SELBSTKRITISCHES VERHÄLTNIS ZUR WELT

2. Der Anerkennung der Unverfügbarkeit Gottes entspricht die Anerkennung der eigenen Endlichkeit und der Bedingtheit des Bestehenden. Entscheidend wichtig scheint mir dies in einer Situation, in der – hier folge ich wieder Hartmut Rosa – po-

litisch Andersdenkende immer öfter statt als Dialogpartner als gefährliche Feinde angesehen werden, die eingedämmt und aus den Diskursen und der Gemeinschaft ausgeschlossen werden müssen. Eine Überzeugung entschieden zu vertreten ist etwas anderes, als die eigene Position mit den Fakten, der Wahrheit und „der Wissenschaft“ selbst zu identifizieren, sie der Kritik zu entziehen und Gegenstimmen auszuzugrenzen. Glaube und Spiritualität sind eine Schule, solche Identifikationen zu überwinden, in ein demütiges und selbstkritisches Verhältnis zur Welt zu treten, in dem die gewonnenen Überzeugungen zwar entschieden gelebt werden – aber im Bewusstsein, selbst unter dem Gericht Gottes zu stehen und der Vergebung zu bedürfen.

DIE LOGIK DES KOMMENDEN REICHES

3. Dem korrespondiert die christliche Hoffnung, dass das Böse und die Lüge, das Unrecht, die Schuld und der Tod nicht das letzte Wort haben. Diese Überzeugung meint keinen naiven Optimismus, dass alles nicht so schlimm kommt oder wieder gut wird. Sie meint auch kein blindes Vertrauen in die Regierenden, in die Demokratie oder in eine Vorsehung, die Katastrophen verhindert. Sie ist nicht einmal mit einem psychologischen Grundvertrauen gleichzusetzen, das ja menschlich höchst ungleich verteilt ist. Vielmehr geht es um ein „dennoch-Vertrauen“, das im Bewusstsein der Katastrophe und des abgründig Bösen, im Angesicht der „gekruzigten Völker“ (Ignacio Ellacuría) und der geschundenen Erde

auf die größeren Möglichkeiten Gottes setzt und immer wieder neu zu beginnen wagt.

Das Vertrauen, dass die Regierenden oder die öffentliche Mehrheitsmeinung es schon richtig wissen und gut machen, ist für eine Demokratie ebenso gefährlich wie das generalisierte Misstrauen, das Populisten in die Hände spielt oder dazu führt, nur noch der eigenen Gruppe zu trauen. Rosa verweist darauf, wie unsere Gesellschaft von einem „rasenden Stillstand“ bestimmt wird: einer Beschleunigung und einem Leistungsstress, der nicht mal mehr auf ein besseres Leben zielt, sondern nur noch auf den Erhalt des Status quo, aus Angst vor Abstieg und Verlust. Gegen eine solche „Diktatur der Sachzwänge“ und gegen die Logik der Alternativlosigkeit braucht es eine „gesunde Relativierung“, welche die Gegenwart in Beziehung zu den größeren Möglichkeiten Gottes setzt und aus der Logik seines kommenden Reiches lebt.

Dies führt aus einer „Aggressionsbeziehung“ gegenüber der Wirklichkeit in eine resonante Beziehung. Damit öffnet sich ein Raum, in dem es darum geht, gemeinsam auf eine Transformation hinzuwirken, welche auch die eigene Position verwandelt, sodass im wechselseitigen Hören Neues entstehen kann. Die katholische Kirche versucht einen solchen Weg in der Hinwendung zur Synodalität; in der Politik brauchen wir eine neue Hinwendung zur Demokratie. Angesichts der destruktiven Tendenzen unserer Zeit sollten wir alles daransetzen, dass sich beide Bewegungen gegenseitig bestärken.



FOTO: SYNOD RESOURCES

Nachdenken über die Wege zum Einsatz für Demokratie und Menschenwürde

Mitbauen am Reich Gottes



Viele Materialien und Publikationen gibt es bereits, um die Arbeit vor Ort zu unterstützen. Einiges ist auch online zugänglich.

Von Siegfried Grillmeyer

Akademiedirektor Caritas-Pirckheimer-Haus, Nürnberg

Manchmal finden sich in den Fußgängerzonen moderne Wanderprediger, die den Passanten auf Plakaten oder auch lautstark über Lautsprecher verkünden: „Kehrt um! Glaubt an Gott!“, oder auch: „Das Reich Gottes ist nahe!“ Zumeist werden sie von dahineilenden oder auch flanierenden Menschen entweder nicht weiter wahrgenommen oder man geht ihnen etwas peinlich berührt aus dem Weg. Und gleichzeitig treffen sie mit manchen ihren plakativen Äußerungen eigentlich den Nerv unserer Zeit und auch den Kern der christlichen Botschaft: denn uns allen ist bewusst, dass es mit vielen Dingen in unserer Gesellschaft nicht einfach so weitergehen kann, dass es durchaus eine Umkehr bräuchte, dass eine Besinnung auf das Wesentliche nötig wäre – und für Christinnen und Christen bedeutet dies ganz konkret einen Rückbezug auf das Evangelium. Und auch der Aufruf, am Aufbau des

Reiches Gottes mitzuarbeiten, gehört ganz wesentlich zur Botschaft des Jesus von Nazareth.

SEID STETS BEREIT

Die Fußgängerzone ist vielleicht nicht der richtige Ort, das Plakat und der Lautsprecher nicht das richtige Mittel und die Sprache der Bibel mit ihren Bildern und Vergleichen nicht der einfachste Zugang, um die frohe Botschaft zu verkünden. Aber was sind die richtigen Wege? Was ist zu tun? Und nicht zuletzt, was bedeutet dies für einen Einsatz für Demokratie und Menschenwürde in einer Gesellschaft, die oftmals gespalten und von extremistischen Tendenzen gefährdet erscheint? Dazu ein paar Anregungen:

„Seid stets bereit“, so ist es im ersten Petrusbrief (1Petr 3,15) so wunderbar formuliert, „jedem Rede und Antwort zu stehen, der von euch Rechenschaft fordert über die Hoffnung, die euch erfüllt.“ Denn hier wird nicht als erstes gefordert, sich sogleich lautstark einzumischen, sondern erst einmal die eigene Posi-

tion, die eigene Haltung zu bedenken und sich zu besinnen auf den Grund, auf dem wir stehen. Wenn wir uns als Christinnen und Christen für ein gelingendes, demokratisches Miteinander einsetzen, dann aufgrund der Überzeugung, dass wir in jedem Menschen letztlich unseren Nächsten und ein Abbild Gottes sehen, für den wir uns als unsere Schwestern und Brüder einsetzen. Und wenn wir aus dieser Überzeugung leben und uns engagieren, dann werden unsere Taten überzeugen und wir müssen nicht von uns aus darüber reden, sondern werden ggf. dazu aufgefordert, „Rede und Antwort zu stehen“, warum wir das tun.

MITBAUEN UND MITWIRKEN

Wir sind aufgerufen, uns gesellschaftlich und politisch einzusetzen und mitzubauen am Reich Gottes. Circa 122-mal kommt der Begriff übrigens im Neuen Testament vor. Im griechischen Originaltext steht dort *basileia*, was so viel bedeutet wie die *Königsherrschaft* oder das *Reich Gottes*. Das muss man heute überset-

zen und in einen zeitgenössischen Kontext stellen, denn es bedeutet ja keine Herrschaftsform, sondern wie es im Römerbrief heißt, das Reich Gottes bedeute „Gerechtigkeit und Friede und Freude im Heiligen Geist“ (Röm 14,17). Es geht darum, dass wir uns für eine Welt einsetzen, die von Liebe geprägt wird und damit an einem Reich mitbauen, das von gegenseitigem Wohlwollen, von Verständnis und Menschlichkeit durchdrungen ist.

Dieses „dein Reich komme“, wünschen wir im Vaterunser. Und damit leben wir auch immer in dieser Spannung, dass wir eben mit-bauen und mit-wirken an dieser Vorherrschaft des Guten in der Welt, auch wenn wir gleichzeitig sehen, dass die Vollendung oftmals in weite Ferne rückt und vielleicht manchmal aufschimmert, aber weniger Realität als eine Verheißung bleibt.

POLITIK AM GARTENZAUN

Wenn wir wissen, auf welchem Grund wir stehen und uns daran erinnern, berufen zu sein, diese Welt ein wenig besser zu machen, dann müssen wir auch politisch sein, denn politisch meint ja nichts Anderes, als sich in die öffentlichen Angelegenheiten des Gemeinwesens einzumischen. Und Politik beginnt paradoxerweise im Kleinen, bei den Einzelnen mit ihren Einstellungen und Haltungen, die ihr Verhalten und Handeln und damit die Öffentlichkeit prägen. Es braucht das Gespräch im geschützten Raum, manchmal auch (etwas drastischer ausgedrückt) den „Nahkampf“ für die Demokratie. Wenn am Gartenzaun, im Verein und bei der Geburtstagsfeier so unbedeutend erscheinende Sätze fallen, dass wir uns „die Ausländer nicht leisten können“, dass man eben „die Bedeutung der Juden in der Politik nicht unterschätzen dürfe“ und „der Islam die Weltherrschaft anstrebe“, dann müssen wir das Gespräch suchen. Dazu braucht es Vertrauen und die grundsätzliche Haltung, im Gegenüber immer den Menschen zu sehen, den es zu achten gilt, auch wenn wir seine einzelne Ansicht entschieden ablehnen.

In den großen, politischen Arenen ist diese Grundhaltung längst nicht mehr gegeben. Und erst recht nicht in den sogenannten sozialen Medien,



Prävention ist wichtig, noch bevor es zu konkreten Vorfällen gekommen ist. Dazu werden Workshops und Seminare, auch vor Ort und online, angeboten.

die vielmehr zum Brandbeschleuniger einer vergifteten Kommunikationskultur der Falschinformation und des Hasses wurden. Da ist aus dem politischen Gegner, den man überzeugen oder auch im demokratischen Ringen besiegen will, längst der Feind geworden, den man verachtet und vernichten will.

KIRCHENGEMEINDEN ALS DISKURSRÄUME

Es braucht ganz dringend diese anderen Räume, in denen man vielfältige Meinungen aushalten kann und bei allem Aufzeigen der roten Linien noch im Gespräch bleibt. Kirchengemeinden können solche Orte sein. Vielleicht ist ein Pfarrfest, auf denen sich Klimaleugner und Klimaaktivisten, Traditionalisten und Woke, gemeinhin Rechte und Linke, in einzelnen Gesprächen zuhören und bei allen politischen Unterschieden sich ihr Wohlwollen nicht absprechen, wichtiger als manche Bildungsveranstaltung und Demonstration.

Und natürlich, die roten Linien müssen auch deutlich aufgezeigt, die Feinde der Demokratie und der uneingeschränkten Würde müssen natürlich auch als solche benannt werden. Dazu braucht es Wissen und Bildung, Vernetzung und auch in konkreten Fällen Beratung, wie

es unter anderem das Kompetenzzentrum für Demokratie und Menschenwürde der katholischen Kirche in Bayern anbietet (vgl. dazu auch den ausführlichen Bericht in dieser Ausgabe auf Seite 6 und 7).

Unsere Welt scheint aus den Fugen. Eine Pandemie hat uns alle erschüttert und unsere Verletzlichkeit vor Augen geführt, Umweltkatastrophen vermehren sich und erinnern an die Fragilität unserer Erde, ein Krieg tobt mitten in Europa und wirtschaftliche sowie technische Veränderungen stellen alte Gewohnheiten und Sicherheiten in Frage. Viele Menschen retten sich vor der Komplexität unserer Welt in einfache Antworten und suchen radikale Lösungen. Bei aller Notwendigkeit von konkreten Aktionen des politischen Engagements müssen wir uns grundlegend den Fragen der Zeit stellen und den eigenen sicheren und klaren Stand finden, auf dem wir Halt finden und daraus die Motivation gewinnen, im Kleinen unermüdlich für eine menschenfreundliche Welt zu werben und sie auch verteidigen. Vielleicht sind es die kleinen Zonen der Auseinandersetzung, in denen wir etwas erreichen können. Mehr als die Wanderprediger in der Fußgängerzone.

* Mehr unter www.gemeinde-creativ.de.

Krise als Chance

Lösungen „Out of the box“

Klima, Migration, Radikalisierung ... viele, sich zum Teil überlagernde, Herausforderungen der Gegenwart werden wir mit alten Denkansätzen nicht lösen. Die multiplen Krisen unserer Zeit machen Angst, lähmen. Krisen werden verdrängt, statt sich ihnen zu stellen. Doch Krisen sind immer auch eine Chance zum Aufbruch. Dabei zeigt sich: Mit vorhandenen Lösungsansätzen und alten Mindsets werden sich grundlegende Probleme der Gegenwart nicht lösen lassen.

Abenden zog sich eine Erkenntnis durch alle Lösungen hindurch: Wir müssen die Komfortzone verlassen und den Mut aufbringen, umgehend neue Wege einzuschlagen! Wie die neuen Wege aussehen könnten, wurde für jeden Abend in einer kurzen These festgehalten.

KRISE DER DEMOKRATIE: MULTIPLE KONFLIKTACHSEN

Die Wahlergebnisse rechts- wie linkspopulistischer Parteien nicht nur in Deutschland verheißten nichts Gutes für unsere Demokratie. Laut der Politikwissenschaftlerin Brigitte Geißel und des Soziologen Holger Lengfeld braucht es in unserer Gesellschaft mehr Mut, sich mit anderen Meinungen auseinanderzusetzen. Dabei gibt es nicht nur zwei Meinungspole, sondern multiple Konfliktachsen zu verschiedensten Themen, so Lengfeld.

Setzt man Menschen jedoch an einen Tisch, führt das oft zu erstaunlichen Ergebnissen. Brigitte Geißel propagiert ein Modell, bei dem basisdemokratische und repräsentative Parlamente wirksam zusammenarbeiten: ein Bürgerrat, der fern von Lobbyismus und Wahlperioden gemeinnützige und zukunftsweisende Entscheidungen erarbeitet und trifft.

Als These zum Weiterdenken wurde für diesen Abend festgehalten:

Menschen mit unterschiedlichem Einstellungsmuster kommen zu wenig in Kontakt. Mindsets können sich verändern, wenn sehr verschiedene Menschen gemeinsam und moderiert an Themen arbeiten.

KLIMAKRISE: EINE ZUMUTUNG

Die Experten zur Klimakrise, Georg Feulner vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung und Bernd Ulrich von der ZEIT, waren sich einig: Der Mut, der hinsichtlich der im Grunde längst ausreichend skizzierten Klimakrise (es fehlt nicht

an Erkenntnis) gefragt ist, ist die ZuMUTung. Zu lange sei der Ansatz gewesen, kleine Schritte zu gehen, um alle mitzunehmen und Altbewährtes als „normal“ zu framen, obwohl unser schädliches Verhalten „radikal“ mit der Welt umgehe.

Ulrich sprach deshalb von 90°-Winkeln, bei denen das Gehirn einmal um die Ecke gehen müsse. Alte Denkstrukturen müssten dafür komplett gelöscht werden. Würde man vom Ziel – ein gesundes Ökosystem – ausgehend denken, statt vom Status Quo, ergäben sich neue, völlig andere Lösungen, die auch funktionieren könnten. Die Folge wäre, dass die Dinge eine andere Priorität bekämen und sich andere Zielhierarchien ergeben würden.

These zum Weiterdenken aus diesem Abend:

Da uns Wissen zu viel werden kann, nutzen wir vielfältige Formen der Verdrängung. Mindsets können sich verändern, wenn wir das bisherige Vorgehen infrage stellen, die Blickrichtung ändern und sich dadurch Möglichkeitsräume öffnen.

SINNKRISE: EINE PRISE TROTZ

Thomas Steinforth (Domberg-Akademie) und die Benediktinerin Sr. Emmanuela Kohlhaas analysierten die „kollektive Sinnkrise“. Sie steht in direktem Zusammenhang mit den multiplen Krisen unserer Zeit und entsteht aus einem Gefühl der Abwärtsspirale und Resignation.

Und wieder braucht es Mut: die Krise als Chance wahrzunehmen! Wenn der Mut selbst nicht mehr aufzubringen ist, müssen erMUTigende Zukunftsbilder und gute Geschichten erzählt werden, die einen konkreten Ausweg aufzeigen. Zudem braucht es, so Schwester Emmanuela, eine Prise Trotz als eine positive Kraft der Selbstermächtigung.

Dritte These zum Weiterdenken:

Unsicherheit und Aufregung entstehen, verstärken sich und führen zuweilen in eine Abwärtsspirale. Doch Mindsets können sich verändern, wenn wir auf unsere Möglichkeiten schauen – und mutig handeln.

DER SCHLÜSSEL: DIE KOLLEKTIVE HANDLUNGSMACHT

Trotz all der Erkenntnisse blieb jedoch eine Frage offen: Wie schaffen wir es, diese Vorsätze umzusetzen? Dieser Herausforderung widmete sich eine weitere Veranstaltung unter dem Titel „Auf-Bruch! Wie verändern wir unsere Mindsets?“, mit der ein erstes Zwischenfazit gezogen werden sollte.

Dieses sieht laut des Sozialpsychologen Immo Fritsche, Referent des vierten Abends, so aus: jede einzelne Person braucht die Gruppe. Bei allen aufgezeigten Krisen handelt es sich um kollektive Krisen, in denen nicht Einzelne, sondern Kollektive die Akteure sind. Eine Fokussierung auf meinen eigenen Handlungsspielraum führt meist zu persönlich erlebter Hilflosigkeit („Was bringt es, wenn ich auf Fleisch verzichte“, „Was wird meine Stimme bei der Wahl schon bewirken“). Spüre ich aber, dass viele meine Einstellung teilen, oder vermute ich sogar nur, dass eine Mehrheit so handelt, erhöht das meine Bereitschaft zu handeln, was Immo Fritsche eindrucksvoll mit Belegen aus seinen Feldstudien untermauert. Legt man den Fokus in

der Kommunikation von Krisen also auf die kollektive Wirksamkeit, fühlt sich die einzelne Person wirksam und handelt dann auch selbst.

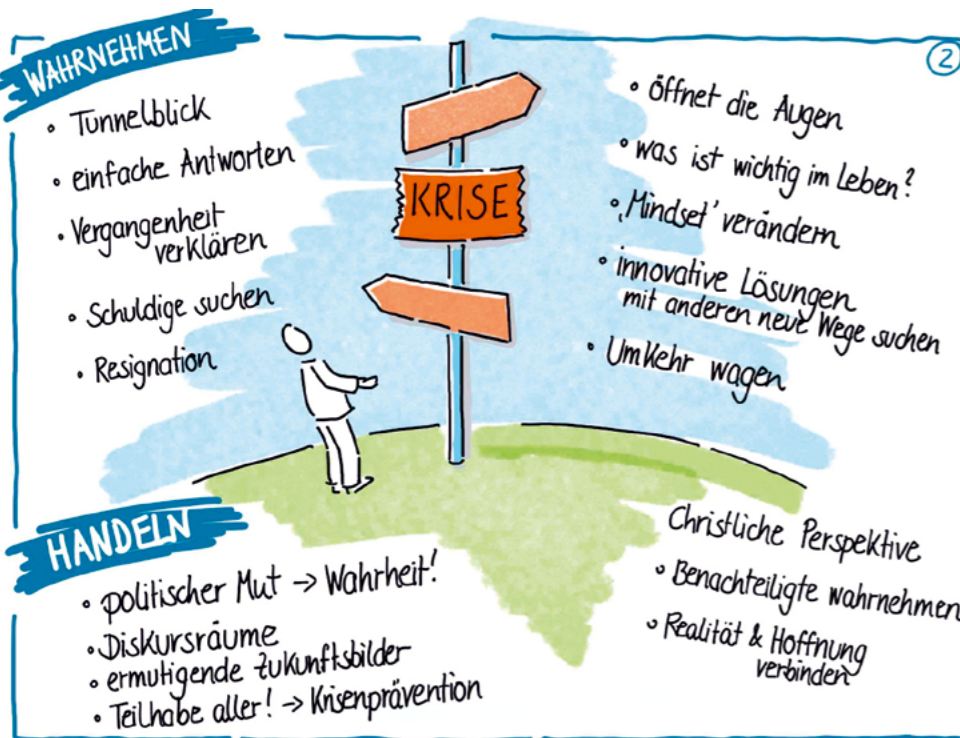
ANSCHAULICHE ANREGUNGEN UND FORTSETZUNG

Für jede Veranstaltung wurden die zentralen Ergebnisse von Zeichnerin Brigitte Seibold visualisiert. Durch diese „Graphic Recordings“ (graphisch gestaltete Ergebnisübersicht) kann man auch nachträglich in die Erkenntnisse der Abende eintauchen.

Zwar war das, was an den vier Abenden der Reihe „Zeitansagen“ erarbeitet wurde, höchst inspirierend und durchaus ermutigend. Trotzdem könnte man mit Brecht sagen: „Wir stehen selbst enttäuscht und sehen betroffen, den Vorhang zu und alle Fragen offen.“ Deshalb haben sich die Veranstalterinnen und Veranstalter, die Domberg-Akademie Freising und das Landesbildungswerk der KLB in Bayern, dazu entschlossen, die Reihe Anfang 2025 fortzusetzen, diesmal gemeinsam mit dem KDFB Landesbildungswerk Bayern des Frauenbundes. Seien Sie gespannt!

✳ Mehr unter www.gemeinde-creativ.de

FOTOS: DOMBERG AKADEMIE



Bei dem Mut zur Wahrnehmung fängt es an. Mit unterschiedlichsten Akteuren an einem Tisch ergeben sich vorher unbekannte Perspektiven.

Von Kathrin Steger-Bordon sowie Martin Wagner

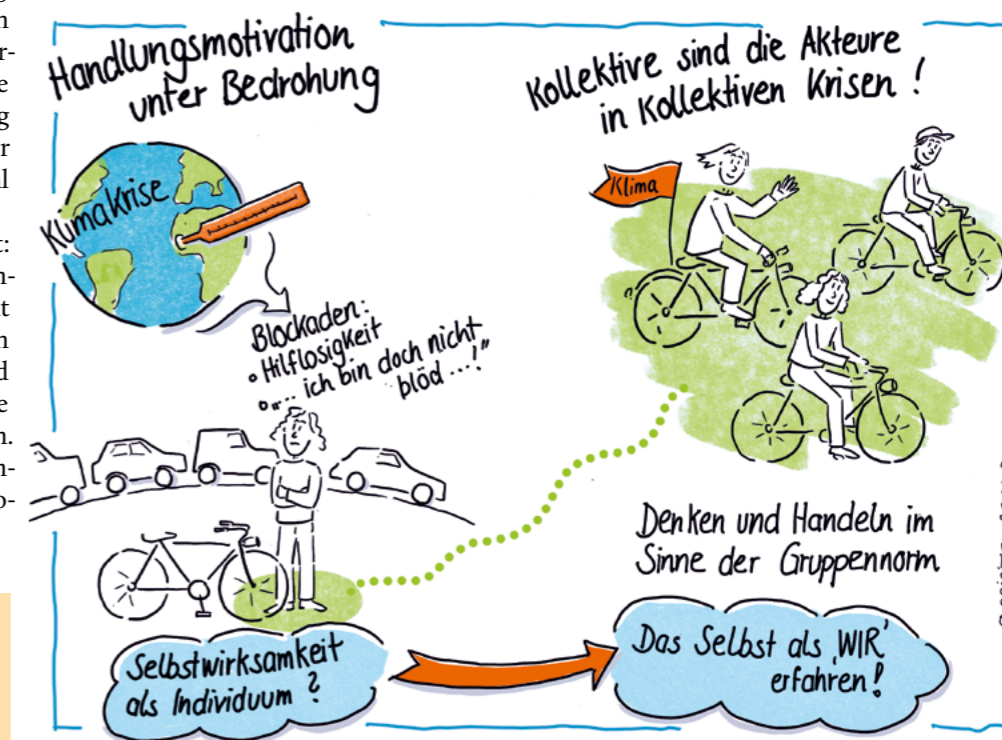
Domberg-Akademie Freising sowie KLB Bayern

Festgefahrene Denkmuster aufbrechen und damit neue Ideen zulassen: Mit der Reihe „Zeitansagen – neue Denkansätze in krisenhaften Zeiten“ haben sich die Domberg-Akademie Freising und die Katholische Landvolkbewegung (KLB) Bayern auf die Suche nach Lösungen „Out of the box“ gemacht. Ideen, die wieder Mut

machen, die Welt mitzugestalten. Dazu haben sie in der Reihe „Zeitansagen – neue Denkansätze in krisenhaften Zeiten“ zunächst Expertinnen und Experten zu drei großen Krisen unserer Zeit zum Gespräch eingeladen:

- Demokratiekrise
- Klimakrise
- Kollektive Sinnkrise

Das Ziel: jenseits festgefahrener Mindsets nach Lösungen suchen – und das „Out of the box“. Nach drei inspirierenden und facettenreichen



Was kann die einzelne Person schon ausrichten? Eigentlich sehr viel, wenn sie die Erfahrung macht, sie ist nicht allein.

© BRIGITTE SEIBOLD

Auch in Pfarreien muss mit stark abweichenden Ansichten umgegangen werden

Verwirrend bis gefährlich

Erst scharten sie nur ein Fähnlein von Sympathisanten um sich. Nach und nach wuchs die Zahl der Anhänger. Heute gibt es, wie bei der EU-Wahl zu sehen war, eine Schar von Bürgerinnen und Bürgern, die gut finden, wie sich die AfD positioniert. Was sie fordert. Was sie kritisiert. Zwangsläufig schwappt die Problematik in katholische Gremien. Dies wirft die Frage auf, wie man damit umgehen soll, wenn undemokratische und unchristliche Positionen geäußert werden.



Klare Linie vorgeben, das wäre eine Möglichkeit, Konflikte vorzubeugen, so der Psychologe Dominikus Bönsch.

Von Pat Christ

Freie Autorin

Es gibt unterschiedliche Gründe, warum sich Bürgerinnen und Bürger wegbewegen von traditionellen Parteien. Nicht zuletzt durch die Coronakrise, aber auch durch Umweltvorschriften hat eine wachsende Zahl von Bürgerinnen und Bürgern das Gefühl, der Staat habe sie inzwischen allzu sehr am Gängelband. Einige informieren sich alternativ. Und kommen zu dem Schluss, dass

in Wirklichkeit alles ganz anders ist als von den etablierten Medien dargestellt. Auch einige Katholikinnen und Katholiken scheinen jegliche Berührung mit der Realität verloren und die christliche Gedankenwelt verlassen zu haben. Damit in Gremien konfrontiert, machen jene, die das nicht nachvollziehen können, oft ein ratloses Gesicht. Wie reagieren?

Für Michael Wolf gibt es Fragen, bei denen man sich nicht auf halbem Weg treffen kann. Der promovierte Physiker engagiert sich im Pfarrgemeinderat von Hösbach-Bahnhof und ist Vorsitzender des Diözesanrats der Katholiken im Bistum Würzburg. Die Grenze des Erträglichen ist für ihn zum Beispiel dann überschritten, wenn Asylbewerber völlig unabhängig von der Betrachtung des Einzelfalls in toto verteufelt werden. „Überhaupt, werden Ausländer gegenüber Deutschen abgewertet, stehe ich auf“, sagt er.

Grundsätzlich, so Wolf, müsse man sich bei der Gremienarbeit auf Konflikte einstellen: „Volle Harmonie wäre reines Wunschdenken.“ Gerade im Pfarrgemeinderat sollte man sich Gedanken über ein friedliches Miteinander trotz divergierender Ansichten machen. Wie man mit Menschen verschiedener Couleur umgeht, weiß der Naturwissenschaftler aufgrund seines Berufs gut: Michael Wolf kommt aus der Industrie.

VIEL FINGERSPITZENGEFÜHL

Sitzungen des Pfarrgemeinderats versucht er mit viel Fingerspitzengefühl zu leiten. Bei Konflikten ist er

bestrebt, ausgleichend zu wirken. Jeder soll zu Wort kommen. Vielredner werden gedämpft: „Ohne dass man ihnen das Wort entzieht.“ Schwierig sind für Michael Wolf Zeitgenossen, die allzu einfache Erklärungen für komplexe Zusammenhänge gefunden haben: „Oder die aus ihrer Anschauung ein Evangelium machen.“

Unvergesslich ist für ihn ein Pfarreimitglied, das ihm vor vielen Jahren eine merkwürdige Mail schrieb: „Der Mann wollte die D-Mark zurück.“ Michael Wolf ging nicht weiter darauf ein. Dann kam es zu immer merkwürdigeren Ansichten. Das irritierte ihn zunehmend: „Vor allem, weil die Person selbst unheimlich nett ist.“ Brüche, wird für ihn an diesem Beispiel anschaulich, sind meist nicht rapide. Gewöhnlich komme es zu einem allmählichen Abdriften.

Gerade zum Thema AfD hat der Christ eine klare Haltung. Die Partei ist für den Demokraten zwar nicht zum Inbegriff des Schreckens geworden. Michael Wolf geht eher davon aus, dass viele Bürger die AfD diesmal aus Protest gewählt haben. Womöglich machen sie ihr Kreuzchen das nächste Mal woanders. Tabu ist für ihn jedoch ein gleichzeitiges Engagement im Pfarrgemeinderat und in der AfD. Der Partei beizutreten, allerdings nicht zu dem stehen zu wollen, was radikale Parteimitglieder öffentlich sagen, sei nicht möglich.

ABSTRUSE VORSTELLUNGEN

Dass es Menschen gibt, die abstruse Vorstellungen von der Welt haben, hat Verena Grabietz aus Karlsfeld bei München bei den Pfadfindern erlebt. Die 25-Jährige ist Vorsitzende des dortigen Stamms der Deutschen Pfadfinderschaft Sankt Georg. Eine Frau, die sich nach ihren Worten jahrelang bei den Karlsfeldern Pfadfindern engagierte, stieg unlängst aus – worüber alle froh waren. „Sie hing Corona-Verschöpfungserzählungen an, wobei das große Problem war, dass man sich nur sehr schwer mit



FOTOS: PAT CHRIST

Wenn beispielsweise Ausländer gegen Deutsche abgewertet werden, stehe er auf, so der Diözesanratsvorsitzende Michael Wolf.

ihr darüber unterhalten konnte“, sagt Verena Grabietz.

Pfadfinder wollen Kinder zu selbstständigem Denken und zu selbstständigem Handeln befähigen. Die Kinder sollen nicht politisch beeinflusst, sie sollen nicht indoktriniert werden. „Dass diese Frau mit ihren Verschwörungserzählungen auch zu den Kindern kam, fand ich sehr problematisch“, sagt die Jungscharleiterin.

EIN BÖSER PLAN?

Die Frau war überzeugt, dass hinter der Pandemie ein böser Plan steckt. Wo der unwiderlegbare Nachweis für diese Behauptung sein sollte, konnte sie nicht vermitteln. Sie glaubte außerdem, dass die Menschen durch die Coronapolitik bewusst ihrer Freiheit beraubt werden sollten: „Und dass die uns nicht wiedergegeben wird.“ Sie wollte keine Masken tragen. Und war gegen die Impfungen. „Das Schlimmste von allem aber war, dass sie unablässig darüber reden wollte“, so Verena Grabietz.

Die junge Frau ist dafür, offen zu diskutieren. Was natürlich nur geht, wenn beide Seiten nachvollziehbare Argumente haben. Und sie ist dafür, couragiert zu handeln. Letzteres wurde vor nicht langer Zeit bei einem großen Zeltlager verschiedener Pfadfinderstämme nötig. „Ein Pfadfinder eines anderen Stamms verbrannte eine Deutschlandfahne“, berichtet sie. Mitglieder ihres Stamms brach-

ten zum Ausdruck, dass sie das überhaupt nicht gut fänden. Dann geschah etwas, womit Verena Grabietz, für die die Aktion linksextremen Charakter hatte, niemals gerechnet hätte: „Durch die Blume gab man uns zu verstehen, dass man uns für rechtsextrem hält.“

Lange habe ihr Stamm versucht, eine Versöhnung hinzubekommen. Doch die anderen Pfadfinder schienen dazu nicht in der Lage zu sein. „Uns würde eine Entschuldigung reichen, wir würden uns wünschen, dass wir einander wieder die Hand geben“, sagt Verena Grabietz. Die Konsequenz aus dem Vorfall ist, dass sich nun Arbeitsgruppen von Pfadfindern auf Bezirksebene gebildet haben, die eine Handreichung zu Links- und Rechtsextremismus erstellen wollen.

VÖLLIG ABWEICHEND

Dietrich A. (Anm. d. Autorin: Name geändert), Pfarrgemeinderatsvorsitzender einer Pfarrei im Großraum München, kennt keine Leute, die

Latrinenparolen verbreiten. Einmal hatte er es jedoch in seiner Gemeinde mit einer Ehrenamtlichen zu tun, die sich zu seinem Erstaunen völlig abweichend in Bezug auf den Israel-Konflikt positionierte. Was sie ihm erklärte, war für ihn nicht einfach nur eine fälschliche Behauptung. Es stellte einen Tabubruch dar.

Bis vor zwei Jahren kannte Dietrich A. ausschließlich Menschen in seiner Pfarrei, die aus Verantwortung handeln und gut miteinander auskommen wollten. Am Beispiel seiner Pfarrei wird jedoch manifest, wie schnell schier unlösbare Konflikte entstehen können. Und wie schwer es ist, Spaltungen zu überwinden. Aufgrund einer Personalie zertritten sich vor zwei Jahren zwei Gremien in seiner Pfarrei. Der konkrete Zankapfel ist zwar inzwischen beseitigt. „Doch der Groll bleibt“, sagt der Katholik, der anonym bleiben möchte, um nicht noch mehr Feindseligkeiten zu schüren.

Wer behauptet, dass es doch eine einfache Aufgabe wäre, gut in Gruppen auszukommen, wenn nur alle guten Willens sind, versteht wenig von Psychologie. Früher oder später prallen Ansichten aufeinander. Dann braucht es ein Händchen dafür, damit umzugehen. „Je unsicherer jemand ist, umso schwerer ist es für ihn, Abweichendes auszuhalten“, sagt Dominikus Bönsch. Der Lohrer ist von Beruf Psychiater, ehrenamtlich engagiert er sich in der Lohrer Pfarrverwaltung. Der klaren Linie des Lohrer Pfarrers Sven Johansson ist es nach seiner Ansicht zu verdanken, dass es bisher nie zu Konflikten wegen stark abweichender Meinungen gab: „Durch seine klare Haltung können für solche Meinungen kaum Lücken entstehen.“

✳ **Mehr unter www.gemeinde-creativ.de.**



Neben einer Gottesdienstordnung gibt es in katholischen Pfarreien auch eine Ordnung des Diskurses. Es soll und darf kontrovers diskutiert werden. Menschenverachtend jedoch muss tabu sein.



Einstimmige Beschlüsse erfordern vorheriges Debattieren, sich abstimmen, Kompromisse schließen. Kinder- und Jugendverbände üben dies von Anfang an ein und bieten viele weitere Maßnahmen der Demokratiebildung.

FOTO: CHRISTIAN SCHNAUBELT / BDKJ-BUNDESSTELLE

Jugendverbände: Handwerk und Ermutigung

Werkstätten der Demokratie

Mit der Demokratie verhält es sich in gewisser Hinsicht wie mit einem Haus. Um sie zu errichten, braucht es das optimale Zusammenwirken verschiedener Gewerke. Um sie zu erhalten, zumindest handwerkliches Geschick. Dieses Geschick den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes zu vermitteln, ist gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Und es ist auch eine Aufgabe, der sich die Jugendverbände angenommen haben. Denn nicht umsonst verstehen sie sich als „Werkstätten der Demokratie“.

Von Florian Hörlein

BDKJ-Landesvorsitzender Bayern

Demokratiebildung in Jugendverbänden fängt daher schon dort an, wo sie nicht explizit, sondern implizit geschieht. Denn Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen die Möglichkeit zu geben, sich in demokratische Prozesse einbringen, gehört zur DNA der Jugendarbeit. Die katholischen Jugendverbände verfolgen daher das Prinzip „erlernen durch Erleben“. Die Demokratiebildung in Jugendverbänden kennt kein Buckeln von Gesetzgebungsverfahrensschemata, keine theoriegetriebene Paragraphenschlacht und keine soziographische Wahlanalyse.

AUSGEWOGENEN KONSENS GESTALTEN

In den katholischen Jugendverbänden werden junge Menschen ermutigt, sich einzubringen, sich selbst an Demokratie auszuprobieren – und so zu überzeugten und mündigen Demokratinnen und Demokraten zu

MODELLE REPRÄSENTATIVER DEMOKRATIE

Jugendverbände sind auch außerhalb ihres Kerngeschäfts Werkstätten der Demokratie. Die katholischen Jugendverbände sind in sich und über ihren Dachverband – den Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) – von der Ortsebene bis zur Bundesebene in zahlreichen Gliederungen organisiert. So organisieren die Landesverbände der Kolpingjugend und der Katholischen Landjugendbewegung in Bayern regelmäßig das Format „Landtag live“, bei dem Verbandsmitglieder eine Woche Abgeordnete im Bayerischen Landtag begleiten – und so den politischen Prozess unmittelbar erleben und lernen, wie Politik im Parlament gestaltet wird. Ein weiteres Beispiel ist der bundesweite Kinder- und Jugendgipfel „Lautstark!“ der Katholischen junge Gemeinde, der im Oktober in Würzburg stattfindet. Hier lernen junge Menschen wie sie ihre Anliegen in die demokratische Prozesse einbringen können.

Die katholischen Jugendverbände sind in ihren unterschiedlichsten Ausprägungen und Formaten immer Werkstätten der Demokratie. Sie können das Haus dieser Demokratie nicht alleine zusammenhalten. Sie vermitteln ihren Mitgliedern aber das nötige handwerkliche Können und Geschick, um ihren Beitrag zur Instandhaltung zu leisten.

werden. Denn wenn Jugendliche im Rahmen ihrer Gruppenstunde über das Ziel der nächsten internationalen Jugendbegegnung beraten und diese Entscheidung einstimmig fallen muss, dann lernen sie nicht weniger, als den Prozess eines ausgewogenen Konsens zu gestalten.

Wenn Kinder im Rahmen der jährlichen Vollversammlung ihrer örtlichen Jugendverbandsgliederung sich mittels Anträgen in die Gestaltung ihres Jugendraums einbringen, dann lernen sie nicht weniger als rhetorisches Geschick, argumentative Logik und entschiedenes und konsequentes Auftreten. Und wenn dieselben Kinder dann herausfinden, dass – wie beispielsweise bei der Deutschen Pfadfinderschaft Sankt Georg (DPSG) – die Kinder und Jugendlichen qua Satzung in dieser Versammlung mehr Stimmen als die Jugendleiterinnen und -leiter haben, dann lernen sie nicht weniger als das Lesen und effektive Anwenden der Grundregeln dieses demokratischen Zusammenlebens.



Von Joachim Unterländer, MdL a.D.

Vorsitzender des Landeskomitees

Die freiheitlich demokratische Grundordnung ist die beste Staatsform und Grundlage eines funktionierenden Gemeinwesens. Die Bindung an Menschenrechte, Grundgesetz und bayerische Verfassung, um unseren Einzugsbereich zu betrachten, ist die Basis für ein Zusammenleben, das auch die Grundlagen unseres Glaubens am besten erfüllen kann. Zur Ausgestaltung dieser Basis sind aber sowohl auf staatlicher wie auf gesellschaftlicher und auch kirchlicher Seite Kriterien zu erfüllen, dass die Umsetzung auch tatsächlich gelingt.

Die Prinzipien der persönlichen und demokratischen Mitwirkung müssen in unserem gesamten Gemeinwesen gelebt werden. Deshalb ist auch die Mitgestaltung durch jeden und jede Einzelne wesentlich für ein gelingendes demokratisches Gemeinwesen. Dies muss durch die Mitwirkung der Ehrenamtlichen geschehen. Hier können auch kirchliche Gremien, das Laienapostolat und die Verbände ganz wesentlich beitragen.

Die entwickelten Prinzipien der katholischen Soziallehre haben schon in der Nachkriegszeit mehr als erfolgreich zum Aufbau unserer sozialen Marktwirtschaft beigetragen. Deshalb muss immer versucht werden, auf die großen Herausforderungen der Zukunft mit den Grundsätzen der Personalität (Menschenwürde), Subsidiarität (Entscheidungen durch die jeweils niedrigeren Ebenen etwa durch Gemeinden oder Genossenschaften), Solidarität (Umsetzung der Zielsetzungen der sozialen Gerechtigkeit und Beachtung der Solidarität bei allen Entscheidungsformen) und der Nachhaltigkeit (gerade bei Fragen der ökologischen Zukunft) zu antworten. Um einerseits Glauben und andererseits unsere Grundwerte prak-

Demokratie braucht Unterstützung

Von Joachim Unterländer

tizieren zu können, sind in unserem kirchlichen Handeln eindeutige Brandmauern gegen Demokratiefeindlichkeit und Antisemitismus aufzubauen.

Die Erklärung der deutschen Bischofskonferenz gegen Rechtsradikalismus, entsprechende Beschlüsse bayerischer Diözesen und Erzdiözesen und der Laiengremien sowie der Evangelischen Landeskirche in Bayern und nicht zuletzt der Beschluss des Geschäftsführenden Ausschusses des Landeskomitees der Katholiken in Bayern, von den vorzuschlagenden politischen Vertreterinnen und Vertretern der bayerischen Landespolitik in unsere Gremien keine AfD-Vertreter zu benennen, sind hierzu eine wesentliche Basis.

Der bekannte Soziologe Hartmut Rosa hat anlässlich des Würzburger Diözesanempfangs 2022 in einem Impulsvortrag *Demokratie braucht Religion* darauf hingewiesen, dass „Demokratie das zentrale Glaubensbekenntnis unserer Gesellschaft ist, aber sie Stimmen, Ohren und hörende Herzen erfordert“, die Religion bieten kann. Dies unterstreicht auch der Vorsitzende der Freisinger Bischofskonferenz und Erzbischof von München und Freising Kardinal Reinhard Marx in seinem Wirken. „Demokratie bedarf eines hörenden Herzens, die in einer Aggressionsgesellschaft schwer einzunehmen sind, andererseits die Kirchen über entsprechende Riten und Räume dazu verfügen“, so Hartmut Rosa. Wir müssen sie also mitgestalten.

Dies setzt auch unsererseits glaubwürdiges Handeln voraus. Der Synodale Weg, die vielfältigen Bemühungen zur gleichzeitigen Umsetzung unter anderem in den bayerischen (Erz-)Diözesen und die praktische Realisierung der Entscheidungen und Vorschläge unter anderem der Würzburger Synode müssen hierzu ein Weg sein.

Über den Mut zum Widerspruch

Den Raum für die christliche Botschaft verteidigen

„Demokratie“ als Staatsform ist nicht perfekt. Genauso wie der Mensch. Dennoch kennen wir keine besseren Formen, sei es Staatsform oder Lebensform. Daher ist der Schutz von Mensch und Demokratie ein Auftrag. Gemeinde creativ hat darüber mit Philipp Hildmann gesprochen, Geschäftsführer des „Bayerischen Bündnisses für Toleranz – Demokratie und Menschenwürde schützen“.

Gemeinde creativ: Herr Hildmann, was hat es mit dem Bayerischen Bündnis für Toleranz auf sich, wie definieren Sie darin Demokratie und warum ist sie für unsere Gesellschaft und besonders für die Pfarrgemeinden von zentraler Bedeutung?

Philipp Hildmann: Das Bayerische Bündnis für Toleranz entstand nach einem versuchten Bombenanschlag anlässlich der Grundsteinlegung des

neuen jüdischen Gemeindezentrums in München im Jahr 2003. Die beiden großen Kirchen Deutschlands haben damals mit dem DGB Bayern, dem Bayerischen Innenministerium und der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern als Antwort darauf das Bündnis gegründet. Unser Ziel ist es, die Demokratie gegen Bedrohungen von Rechtsextremismus zu schützen, indem wir

staatliche, zivilgesellschaftliche und religiöse Akteure zusammenbringen, mittlerweile 94 Mitgliedsorganisationen. Demokratie bedeutet für mich die Regierung vom Volk, für das Volk und durch das Volk, wie Abraham Lincoln es einmal sagte. Toleranz bedeutet, die Existenz anderer Überzeugungen zu akzeptieren. Für die Pfarrgemeinden ist Demokratie besonders wichtig, weil sie den Raum schafft, unseren Glauben frei zu leben und Menschenrechte sowie Religionsfreiheit zu gewährleisten.

Das Bayerische Bündnis für Toleranz verfolgt zahlreiche Initiativen zur Förderung von Demokratie und Menschenwürde. Welche dieser Initiativen könnten besonders relevant für die Arbeit in den Pfarrgemeinden sein?

Besonders relevant sind Initiativen, die sich auf Bildung und Aufklärung konzentrieren. Wir organisieren Diskussionsrunden und Veranstaltungen wie die anlässlich der Europawahlen und zur Fußball-Europameisterschaft, um beispielsweise die Verbindung zwischen Sport und Toleranz zu thematisieren. Solche Aktivitäten können direkt in Pfarrgemeinden adaptiert werden, um demokratische Werte zu fördern und Extremismus entgegenzuwirken. Eine weitere wichtige Initiative ist die Schulung und Unterstützung von Menschen vor Ort, die lernen müssen, mit extremistischen Parolen umzugehen und in ihren Gemeinschaften und Gremien aktiv für demokratische Werte einzutreten. Immer stärker sind Menschen damit konfrontiert, dass sich auch in ihren Familien und Wohnzimmern rechtspopulistisches Gedankengut findet. Dafür braucht es Sprachfähigkeit und Mut zum Widerspruch. Dafür verteilen wir Broschüren, die erklären, wie man mit rechtsradikalen Aussagen im Familien- und Freundeskreis umgeht. Aber nicht nur. Wir arbeiten auch daran, durch Medienpräsenz und öffentliche Statements das Bewusstsein für demokratische Werte zu stärken. Jetzt ist der Moment, an dem sich Demokraten zusammenschließen und konzentrierte Aktionen umsetzen müssen.

Welche aktuellen Herausforderungen sehen Sie für die Demokratie in Bayern?

Eine der größten Herausforderungen ist der zunehmende Extremismus, sowohl von rechts als auch von links, dazu braucht es nicht erst den Blick auf „Geheimtreffen“. Die Grenzen des Sagbaren und auch Machbaren werden schon seit längerem verschoben, besonders auffällig ist dies in einem vergrößerten Resonanzraum in unserem Parlament wie auch im „partyfähigen“ Rechtsextremismus. Die Kirchen können jedoch nicht einfach die Rollläden zumachen, sie haben einen Auftrag für alle Menschen. Wir müssen ständig daran arbeiten, positive Erzählungen über unsere Demokratie zu verbreiten und Menschen zum aktiven Engagement zu motivieren. Es fällt uns manchmal schwer, in der gesamten Gesellschaft wachsam zu bleiben, besonders in Zeiten

politischer und sozialer Unruhen. Aber für eine lebendige Demokratie brauchen wir möglichst viele lebendige Demokraten.

Wie können Menschen vor Ort konkret zur Stärkung von Demokratie und Toleranz beitragen?

Es ist wichtig, aktiv in Diskussionen einzugreifen und sich gegen extremistische Meinungen zu positionieren, auch wenn das manchmal persönliche Risiken mit sich bringt. Dazu gehört, positiv über unsere Demokratie und ihre Errungenschaften zu sprechen, nicht nur über die Unzulänglichkeiten. Demokratie erfordert eine Vielfalt von Positionen und Parteien, allein aus diesem Grund kann ich nicht nur über andere schlecht reden, wenn die Vielfalt der Meinungen im demokratischen Spektrum doch eine Grundbedingung von Demokratie ist. Wer die Vielfalt als grundsätzlich schädlich ansieht, ist schlussendlich gegen demokratische Prozesse. Wir müssen wieder lernen, uns ohne Gewalt auseinanderzusetzen und eine Streitkultur neu beleben, die auf Respekt und Toleranz beruht. Dazu gehört auch das Aushalten von Spannungen, die sich möglicherweise in Pfarrgemeinden ergeben. Nicht die Augen verschließen, sondern eine ehrliche Diskussion anstoßen.

Welche langfristigen Ziele und Visionen hat das Bayerische Bündnis für Toleranz in Bezug auf die Förderung von Demokratie und Menschenwürde, insbesondere auch im ökumenischen und interreligiösen Kontext?

Langfristig streben wir an, ein noch stärkeres Netzwerk von Organisationen und Individuen zu schaffen, die sich aktiv für die Demokratie einsetzen. Im ökumenischen Kontext ist es unser Ziel, die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Religionsgemeinschaften zu fördern, um gemeinsam gegen Extremismus vorzugehen und die Menschenwürde zu verteidigen.

Der interreligiöse Dialog und die Zusammenarbeit sind von zentraler Bedeutung, besonders in der aktuellen gesellschaftlichen Situation. Durch das Bündnis können wir gemeinsame Werte stärken und eine Basis für Toleranz und Demokratie schaffen.

Welche Rolle spielen in der Demokratieförderung die Kirchen?

Historisch gesehen hatten die Kirchen Schwierigkeiten mit der Demokratie, aber mittlerweile unterstützen sie unsere Ziele stark. Sie helfen, demokratische Werte zu vermitteln und sind wichtige Partner in unserer Arbeit.

Es ist wichtig, dass die Kirchen sich aktiv einbringen und ihre Reichweite nutzen, um Menschen für demokratische Werte zu sensibilisieren und zu mobilisieren. Durch ihre Arbeit in den Pfarrgemeinden können sie direkt Einfluss auf die Gesellschaft nehmen und dazu beitragen, eine Kultur der Toleranz und des Respekts zu fördern.

Wie sehen Sie die Zukunft der Demokratie in Deutschland?

Die Demokratie steht vor großen Herausforderungen, aber ich bin optimistisch. Es gibt einen kontinuierlichen Zustrom von Organisationen, die unserem Bündnis beitreten möchten. Dies zeigt, dass viele Menschen bereit sind, sich für die Demokratie einzusetzen. Wir müssen weiterhin wachsam bleiben und uns gegenseitig unterstützen. Ich glaube fest daran, dass wir durch gemeinsames Engagement eine starke und stabile Demokratie aufrechterhalten können.

Was motiviert Sie persönlich, sich so intensiv für die Demokratie einzusetzen?

Meine Motivation ziehe ich stark aus meinem Glauben. Eines der eindrücklichsten Gleichnisse Jesu ist für mich das von den anvertrauten Talenten eines Mannes an seine Diener. Ich glaube, dass es wichtig ist, die Talente, die uns gegeben wurden, zum Wohl der Gesellschaft einzusetzen. Demokratie ermöglicht uns einen Raum der Freiheit und der persönlichen Entfaltung und dafür lohnt es sich, sich zu engagieren. Menschen sollten sich ermutigt fühlen, ihre Stimme zu erheben und sich für eine gerechte und tolerante Gesellschaft einzusetzen.

Es gibt mir auch persönlich viel zurück, wenn ich sehe, dass unsere Arbeit positive Auswirkungen hat und Menschen inspiriert, sich ebenfalls für demokratische Werte einzusetzen. Auf dass noch meine Kinder in einem freien Land leben können.

Vielen Dank für dieses inspirierende Gespräch und Ihre wertvolle Arbeit.

Philipp Hildmann

1973 in Erlangen geboren, ist promovierter Literaturwissenschaftler und Theologe. Nach Stationen als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Systematische Theologie der Ludwig-Maximilians-Universität München und als Lehrbeauftragter der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt begann er 2004 seine berufliche Laufbahn als Politikberater in unterschiedlichen Funktionen in der Hanns-Seidel-Stiftung. Seit Oktober 2023 ist er Geschäftsführer des Bayerischen Bündnis für Toleranz in Bad Alexandersbad. Er ist Mitglied der Synode der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern und der Europäischen Akademie der Wissenschaften und Künste.



FOTO: PRIVAT

Das Stadtensemble Nürnberg zeigt Spielfreude

Bubbles – Demokratie abgeblasen?

Das Stadtensemble, seit 2022 als Gruppe spielfreudiger engagierter Nürnberger Laien ein bunter Bestandteil der Stadtkultur, möchte mit seiner neuen Produktion „Bubbles – Demokratie abgeblasen?“ die Auseinandersetzung mit aktuellen sozialen Themen fortsetzen.

Von Sandra Müller

Stadtensemble Nürnberg

Bereits die erfolgreiche tanz-theatrale Umsetzung des Themas „Einsamkeit“ im „I. Bayerischen Popup Ministerium“, das unter der Schirmherrschaft von Oberbürgermeister Marcus König temporär im Neuen Museum Nürnberg im März 2024 eingerichtet wurde, traf den Nerv der Zeit und löste ein großes Medienecho aus. Zwei ausverkaufte Vorstellungen konnten die Nachfrage nach Eintrittskarten bei weitem nicht befriedigen, eine Wiederaufnahme ist angedacht.

Als zeitgenössisches Tanz- und Sprechtheater wird die neue Performance ihre Aufmerksamkeit diesmal auf gesellschaftliche Werte wie Demokratie und den Umgang mit politischen und sozialen Fragen richten. Dabei sollen eigene Erfahrungen der Ensemblemitglieder, die sowohl in humoristische wie auch ernste Szenen einfließen, nicht zu kurz kommen.

ÜBER ALLES, WAS MENSCHEN BEWEGT

„Bubbles“ (Blasen) sind ein soziales Phänomen, das in den letzten Jahren immer mehr Eigendynamik entwickelt hat.

Es handelt sich dabei in erster Linie um digitale Gemeinschaften, die sich über Social-Media, Nachrichtenwebsites oder in speziellen Foren treffen. Soziale Medien haben sich zur Kommunikations- und Interaktionsplattform Nr. 1 entwickelt. Menschen unterhalten sich dort über alles, was sie bewegt. Ziel einer Social-Media-Strategie ist es, im positiven Sinne Teil des Gesprächs zu werden, um Meinungen und Überzeugungen auszutauschen, diese zu teilen und

zu verbreiten. Doch auch das Gegenteil, also negativ konnotierte Beweggründe, erhalten auf diese Weise eine Plattform. Hass, Falschinformation und Denunziation können rasant an Boden gewinnen und Anhänger finden, die andere Menschen verunsichern und verletzen, unaufhaltsam Lawinen an Shitstorm lostreten mit unabsehbaren Folgen für die Betroffenen. Das Gefühl von Gruppenzugehörigkeit in anonymen Chats erleichtert das „zu Wort Kommen“ und lädt so Manchen dazu ein, ohne Regeln und Anstand zu kommunizieren.

So entstehen „Bubbles“, die für den Einzelnen Orientierung, Verständnis, Sicherheit und ein starkes Wir-Gefühl bedeuten können und ein positives Lebensgefühl unterstützen. Doch wenn Kommunikation nur einseitig, also wenig divers, stattfindet, stellen sich begrenzte Sichtweisen, festgefahrene Meinungen und fehlende Offenheit für Neues ein. Es verstellt den Blick, lässt wenig Spielraum für Toleranz und grenzt

Menschen mit anderen Ansichten aus. Man isoliert sich, dreht sich im Kreis und fühlt sich nur noch in der gleichgesinnten „Blase“ wohl. Demokratisches Handeln hat so einen schweren Stand, schlimmstenfalls entwickeln sich Extreme in beide Richtungen.

KÜNSTLERISCHE ANTWORTEN

Welchen Einfluss kann ein Einzelner oder eine Interessengruppe auf eine Zielperson oder -gruppe ausüben? Wie und durch was oder wen werden wir beeinflusst und geformt? Wie wichtig ist für uns die Suche nach Identität? Wann stärken uns „Bubbles“ und wann schwächen sie uns als Gemeinschaft? Auf diese und andere Fragen wollen wir eine künstlerische Antwort finden.

In Zusammenarbeit mit der Choreografin Beate Höhn (co>labs tanz/performance) und der Regisseurin Stefanie Anna Miller wird sich aus diesen Fragestellungen bis Frühjahr 2025 eine neue Tanz-Performance entwickeln hin zu einem Stück, das bewegt, unter die Haut geht und dabei die zunehmende Polarisierung in unserer Gesellschaft durch ein Brennglas betrachtet.

* Mehr unter www.gemeinde-creativ.de.



Stadtensemble mit dem Schirmherrn OB Marcus König und den Choreografinnen Stefanie Anna Miller und Beate Höhn

FOTO: STADTENSEMBLE

Ellen Ammann und die Demokratie

Ellen Ammann, geboren am 1. Juli 1870 in Stockholm, setzte sich zeitlebens für soziale Gerechtigkeit und die Stärkung von Frauen ein. Ihr Engagement und ihre Weitsicht sind bis heute zu spüren. Auch wenn abermals extreme Kräfte daran arbeiten, demokratische Fundamente und Werte auszuhöhlen und zu zerstören.

Von Stephanie Remagen

Referentin für Politik und Öffentlichkeitsarbeit, Katholischer Deutscher Frauenbund Landesverband Bayern e. V.

Der Katholische Deutsche Frauenbund (KDFB) Landesverband Bayern gedenkt im Jahr 2024 anlässlich des sich zum 154. Mal jährenden Geburtstages, seiner Gründerin Ellen Ammann.

Ellen Ammann rief 1911 den KDFB-Landesverband Bayern ins Leben, um Frauen eine Plattform zu bieten, auf der sie sich organisieren und ihre gesellschaftliche Rolle aktiv

gestalten konnten. Die Sozialreformerin prägte das gesellschaftspolitische und kirchliche Leben im ersten Drittel des vergangenen Jahrhunderts nachhaltig. Die zahlreichen, von ihnen gegründeten Institutionen sind bis heute aktiv. Dazu zählen IN VIA Bayern, die Münchner Bahnhofskommission, die Polizeiseelsorge Bayern, die Katholische Stiftungshochschule sowie das Säkularinstitut Ancillae Sanctae Ecclesiae. Ebenso verdanken ihr die vier Werke des KDFB Bayern ihre Existenz: das Landesbildungswerk, der VerbraucherService Bayern, das Familienpflegewerk und die Landfrauenvereinigung.



FOTO: KDFB

ZUM VERHÄNGNIS DES BAYERNLANDES

Neben ihrem karitativen Engagement ist besonders ihr politischer Einsatz von Bedeutung. Als eine der ersten weiblichen Abgeordneten im Bayerischen Landtag war sie als Gegnerin und Frühwarnerin von Hitler bekannt. So trug sie zudem maßgeblich zur Vereitelung des Hitlerputsches im November 1923 bei.

Bei einer Rede 1925 fand sie Worte, die heute aktueller wirken denn je:

„Der Ausgang der bayerischen Landtagswahl sollte den Frauen zu denken geben. ... Die arme Großstadtbevölkerung ... läuft jedem neuen Propheten nach, von dem sie sich eine Besserung verspricht. Ohne Nachprüfung glaubt sie tönenden Worten ... Wenn diese „neue“ Partei einmal mitzusprechen hat in den Parlamenten, dann wird sich zeigen, dass sie nicht imstande ist, die Lage des Vaterlandes ohne weiteres zu bessern, ja, wir haben allen Grund, zu befürchten, dass besonders für unsere bayerische Heimat ihre Politik verhängnisvoll werden wird. ... Eine Überspannung, ja eine Vergötterung des nationalen Gedankens aber, wie sie von völkischer Seite getrieben wird, ist in unseren Augen verwerflich.“

Hitlers Machtergreifung im Januar 1933 erlebte Ammann nicht mehr. Sie erleidet ein Jahr vorher während einer Landtagsrede einen tödlichen Schlaganfall.

Nach dem Vorbild der Gründerin Ammann ruft die KDFB-Landesvorsitzende Birgit Kainz zum Bewahren der christlichen Werte in unserer Gesellschaft auf. „Der Erhalt unserer Werte fordert einen unermüdlichen Einsatz“, ermahnt Kainz. „Demokratie, Solidarität, Weltoffenheit und Frieden sind keine Selbstverständlichkeit.“

Ihr Zitat von 1925 klingt erschreckend aktuell. Nicht jedem „Propheten“, der für das Land eine rasche Verbesserung verspricht, dürfe ungeprüft nachgelaufen werden.

Ökonomische Auswirkungen und Beeinträchtigung des Gemeinschaftslebens

Sonntagsschutz ist Menschenschutz

Der Sonntag als arbeitsfreier Tag steht nicht nur im Grundgesetz, sondern ist auch ein zentrales Element für das soziale Gefüge unserer Gesellschaft. In der aktuellen Debatte um das geplante Bayerische Ladenschlussgesetz setzt sich das Landeskomitee der Katholiken in Bayern erneut vehement für den Erhalt des Sonntagsschutzes ein und warnt vor den negativen Folgen geplanter Änderungen.

Von **Alexandra Hofstätter** und **Hannes Bräutigam**

Geschäftsführerin des Landeskomitees sowie Redaktionsleiter

Der Sonntag als arbeitsfreier Tag hat in Deutschland Verfassungsrang – das hat das Bundesverfassungsgericht in seinen Entscheidungen in

der jüngeren Vergangenheit immer wieder deutlich untermauert. Gemeinsam mit Gewerkschaften und Verbänden setzt sich das Landeskomitee der Katholiken in Bayern dafür ein, dass der Sonntag zum Wohle der Menschen auch künftig arbeitsfrei bleibt – soweit möglich und der kritischen Infrastruktur zuträglich. Denn

bereits heute gibt es zahllose Menschen, für die der Sonntag eben nicht arbeitsfrei, sondern ein ganz normaler Arbeitstag ist – ob in der Pflege, bei Polizei und Rettungsdiensten oder im Tourismus. Sie alle leisten ihren Beitrag für unsere Gesellschaft, damit der Sonntag für die allermeisten ein Tag der Erholung, ein Tag für Zeit mit Familie und Freunden und ein Tag des Ausgleichs sein kann. Ihnen gebührt unser Dank und unsere Anerkennung. Dass das geplante Bayerische Ladenschlussgesetz nicht an den Grundfesten des Sonntagsschutzes rüttelt – wie in den vergangenen Wochen vielfach zu lesen war – ist aus unserer Sicht falsch. Insbesondere das Zugeständnis an bis zu acht lange Einkaufsnächte sowie der Betrieb von sogenannten „Digitalen Kleinstsupermärkten“ untergraben den Schutz des Sonntags massiv, mit negativen Auswirkungen für die Beschäftigten im Einzelhandel und die gesamte Gesellschaft.

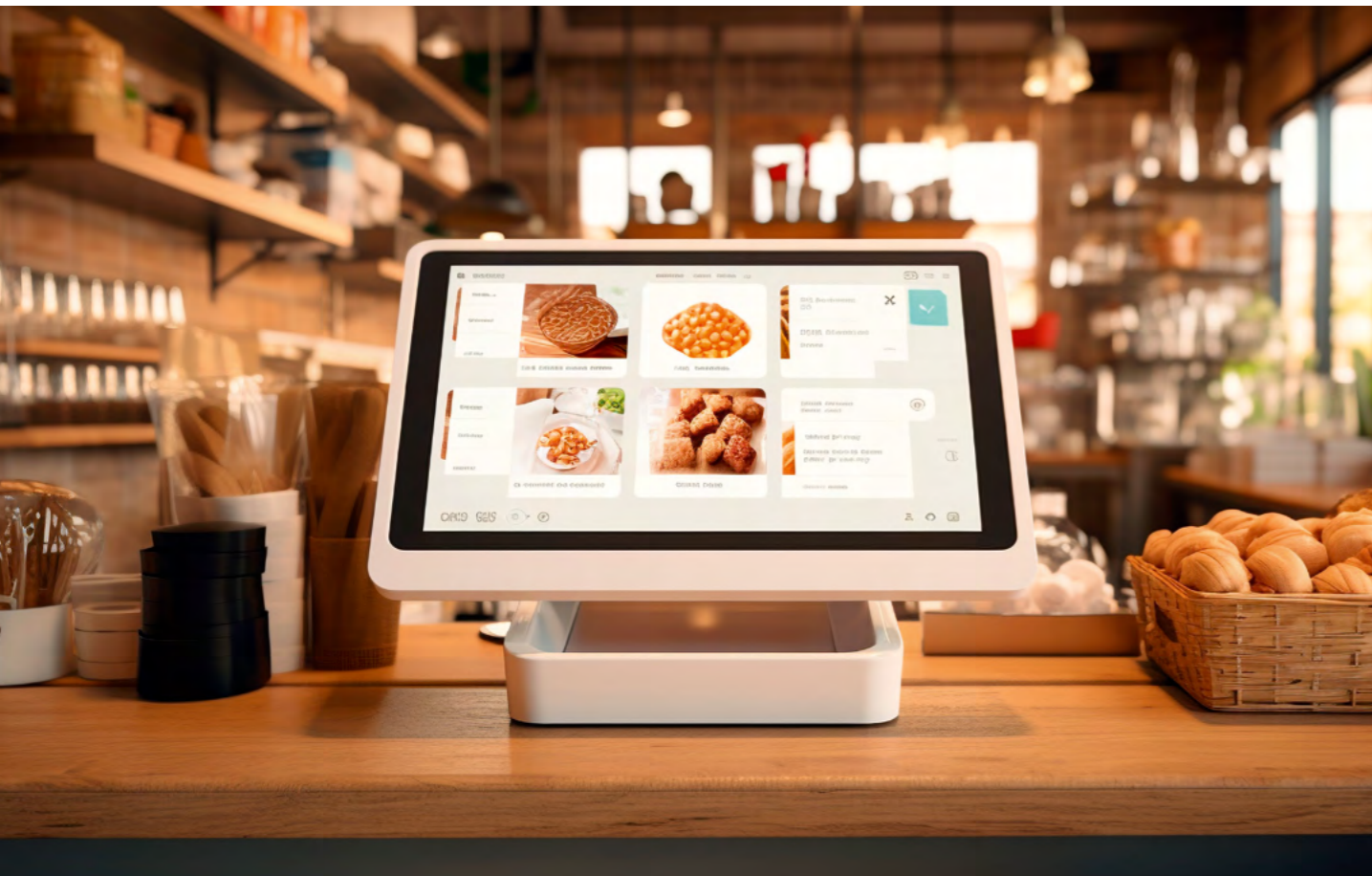


FOTO: ASAD / ADOBE STOCK

Bildschirm statt Personal. Digitale Supermärkte, die am Sonntag offen haben, leiten Umsatzströme weg von lokalen Betrieben hin zum Sonntag. Die Betriebe, die während der Arbeitswoche geöffnet haben, werden verdrängt.

DIGITALE KLEINSTSUPERMÄRKTE UND IHRE FOLGEN

Bei „Digitalen Kleinstsupermärkten“ geht es nicht um die vielerorts beliebten Regio-Automaten am Straßenrand, in denen lokale Produzenten ihre Produkte vertreiben. „Digitale Kleinstsupermärkte“ können nach dem Gesetzentwurf eine Fläche von bis zu 150 Quadratmeter aufweisen. Sie unterliegen keiner Sortimentsbeschränkung (wie etwa die „Souvenir-läden“ in den Tourismusgemeinden), funktionieren vollautomatisch und sind rund um die Uhr verfügbar. Zugang und Bezahlung sollen mittels Kreditkarten erfolgen, was einen beträchtlichen Teil der Bevölkerung von der Teilhabe an diesem Angebot ausschließen würde. Zudem ist eine Verlagerung des Umsatzes von anderen Einzelhändlern hin zu den am Sonntag verfügbaren „Digitalen Kleinstsupermärkten“ zu befürchten. Diese würden also von der Sonntagsschließung der Konkurrenz profitieren. Rentabel erscheinen „Digitale Kleinstsupermärkte“ vor allem für die großen Einzelhandelskonzerne und an Verkehrsknotenpunkten. Der Druck auf die übrigen Einzelhändler steigt. Für eine ganze Reihe kleinerer Unternehmer und Dorfläden würde dies das Aus bedeuten – mit all den Nachteilen für strukturschwächere Regionen, Dorfgemeinschaften und Menschen, die nicht mobil sind.

Viele Geschäfte müssen aktuell bereits Öffnungszeiten reduzieren, weil Personal fehlt. „Digitale Kleinstsupermärkte“ schaffen hier keinen Ausgleich, sondern lösen vielmehr einen weiteren Verdrängungsmechanismus aus.

AUSWIRKUNGEN AUF ARBEITNEHMER UND GESELLSCHAFT

Als Landeskomitee der Katholiken in Bayern stehen wir an der Seite der Beschäftigten, die im Zuge dieser Entwicklung an den Rand gedrängt werden, die vielleicht ihren Arbeitsplatz verlieren – oder gar ihre Existenz. Und wir stehen an der Seite derer, die die Technisierung des Einkaufens nicht mitmachen können oder wollen, weil sie nicht mobil sind, die nötigen Zugangsvoraussetzungen nicht erfüllen oder sich den Um-

gang mit den neuen Techniken nicht zutrauen. Einkaufen bedeutet Begegnung und menschliche Kontakte. Für das soziale Miteinander und gegen Einsamkeit in unserer Gesellschaft ist es wichtig, diese Orte des Miteinanders und der Begegnung zu erhalten. Arbeitsschutz und faire Löhne, geeignete Formen der Mitbestimmung für die Beschäftigten und geregelte Freizeiten dürfen kein „Nice-to-Have“ sein. Soziale Gerechtigkeit und sozialer Friede sind ein Merkmal einer demokratischen Gesellschaft. Neoliberale Verdrängungsmechanismen lehnen wir strikt ab. Die Politik fordern wir auf, den gesetzlichen Rahmen für ein Arbeiten in Würde und zu fairen Löhnen zu schaffen bzw. zu erhalten.

Der Sonntag muss als Tag der Unterbrechung erhalten bleiben. Ein Tag, der Abstand bietet vom Berufsalltag, der Zeit für Familie und Freunde schenkt, der gemeinschaftliches Engagement ermöglicht. Gerade in unserer Zeit braucht die Gesellschaft Menschen, die sich für sie positiv einsetzen und engagieren, in Vereinen und Verbänden, die zum demokratischen Miteinander beitragen – dafür brauchen die Menschen Zeit an einem freien Sonntag.

FORDERUNGEN DES LANDESKOMITEES DER KATHOLIKEN

Das Landeskomitee der Katholiken in Bayern lehnt das geplante Bayerische Ladenschlussgesetz in seinem jetzt vorgelegten Entwurf ab. Wir setzen uns ein für:

1. Gemeinsame Wertedebatte: Indem Hintergrundinformationen öffentlich gemacht werden und die Menschen über Auswirkungen, Mechanismen, bedrohende Entwicklungen und Beteiligungen informiert werden, auch als Aufgabe der Politik, werden sie befähigt, informierte Entscheidungen zu treffen. Das stützt eine offene Wertedebatte in der Gesellschaft, die nötiger als je geführt werden muss.

2. Lebenswerte Gesellschaft: Der Sonntagsschutz ist keine Einschränkung, sondern eine Stärkung unseres Verständnisses von „Sonntag“. Der Sonntagsschutz fördert das Sozialkapital, indem er Zeit für soziale Interaktionen und gemeinschaftsbildende

Aktivitäten bietet. Sozialkapital, verstanden als Netzwerke, Normen und Vertrauen, die das soziale Gefüge stärken, ist entscheidend für das Funktionieren einer Gesellschaft. Freie Sonntage bieten eine strukturelle Möglichkeit, diese sozialen Netzwerke zu pflegen und zu stärken, was sich positiv auf das kollektive Wohlbefinden auswirkt. In der Parteinahme für Verdrängte sorgt der Sonntagsschutz dafür, dass mehr Partizipation für viele Teile der Gesellschaft möglich ist. So wird Verteilungsgerechtigkeit gestützt, was dazu dient, dass mehr Frieden einkehren kann und letztlich Demokratie gestützt wird.

3. Schutz von Arbeitnehmerrechten: Es zählt zu unserem Kernauftrag als Teil der verfassten Kirche, insbesondere auch auf der Seite der Beschäftigten zu stehen. Der Sonntagsschutz wird als Instrument sozialer Gerechtigkeit verstanden. Er schafft einen gleichberechtigten Zugang zu Ruhezeiten, unabhängig von sozioökonomischem Status oder Beschäftigungsverhältnis.

4. Stärkung der ländlichen Räume und der Nahversorgung: Maßnahmen zur Förderung der Nahversorgung müssen den Bedürfnissen der Bevölkerung, insbesondere in ländlichen Gebieten, gerecht werden und dürfen nicht zu einer weiteren Konzentration auf große Handelskonzerne und Verkehrsknotenpunkte führen.

5. Keine Entgrenzung beim Ladenschluss: Das Landeskomitee setzt sich in allen Bereichen für eine positive Entwicklung für den Handel und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein. Eine weitere Ausdehnung und Freigabe der Ladenschlusszeiten würde zu keinen verbesserten Lebens- und Wirtschaftsbedingungen führen. Kirche als Gemeinschaft aller Gläubigen wird ihrer Verantwortung als gesellschaftsprägender Faktor nur gerecht, wenn sie sich für den Sonntagsschutz einsetzt, denn letzten Endes ist es ein Schutz des Menschen und Schutz von Gesellschaftsstrukturen, in denen wir und unsere Nachkommen gerne leben möchten.

* Mehr unter www.landeskomitee.de



FOTO: PRIVAT

Begeistert sein

Kirchliches Engagement hat viele Gesichter

Martin Goppel ist seit Mai 2023 Landesvorsitzender der Katholischen Erziehergemeinschaft Bayern (KEG). Er ist seit seiner Wahl qua Amt Mitglied im Landeskomitee. Ihm liegt besonders eine friedvolle und tolerante Zukunft unserer Kinder und Jugendlichen am Herzen, die das Morgen gestalten.

Warum engagieren Sie sich ehrenamtlich im kirchlichen Bereich?

Weil dieses Engagement allen hilft. Ich durfte bereits als Schüler so viel von Ehrenamtlichen in den Ferien, im Skiausflug, im Ausland (bei Erasmus-Exkursionen), im Religionsunterricht oder auch als Ministrant lernen. Auch heute merke ich immer mehr, dass die gelebten christlichen Werte ein Garant für ein Leben in Frieden und Freiheit sind. Dieses Gefühl, das in Bayern ja ein besonderes ist, war und ist meine Heimat. Und, dass dieses Gefühl keine Selbstverständlichkeit ist, merken wir in diesen Zeiten. Daher möchte ich dieses Engagement uneingeschränkt zurückgeben und vorleben – vielleicht sogar schützen und verteidigen.

Wie sind Sie zu Ihrem freiwilligen Engagement gekommen?

Durch meine Familie, Freunde und eben auch inspirierende Persönlichkeiten, die mich auf großartige Projekte, Verbände, Vereine und Stiftungen angesprochen und dafür begeistert haben. Mir persönlich geht es darum, was wir für unsere Gesellschaft beitragen können. Jeder kann hier Wunder bewirken. Und jeder, der daran nicht glaubt, dem sage ich immer, dass er oder sie wohl vergessen haben, dass er und sie selbst ein Wunder ist.

Was beschäftigt Sie im Moment?

Mich beschäftigen viele Themen. Ob all die Kriege, das große Thema „Migration“, Gewalttaten, das Streben nach Macht, Vereinsamung und

natürlich der Rückgang der Befürworter des Religionsunterrichts oder auch der Taufen. Diese „Buzzwords“ mögen sehr generisch klingen und doch haben sie einen großen Einfluss auf unsere Gemeinschaft – und sie sind alle nicht neu. Wir haben all das schonmal erlebt, wir wissen, wie diese Themen gelöst werden können. Mein Glaube gibt mir Gottvertrauen und diese Kraft, auch mal was aushalten zu können. Ich bin optimistisch, dass sich alles zum Positiven wendet, aber dafür ist jeder einzelne von uns gefragt.

Was wollen Sie bewegen?

Ich will das vorleben, was ich von anderen erwarte, quasi ein Hirte sein, der dient. Um mehr geht es doch in unserem Leben nicht. Tiefgründige Bibelstellen helfen mir dabei, mich selbst zu reflektieren und mein Handeln zu justieren. Joh 10 ist dafür ein gutes Beispiel. Das komplexe Bild vom Hirten, den Schafen, der Tür und den Dieben führt zum Kern der Identität Jesu und zu unserer Berufung (was wir bewegen wollen), allein auf seine Stimme zu hören und unser Handeln davon abzuleiten. Dieses Bild ruft in Erinnerung, wie Jesus die Menschen an anderer Stelle als „Schafe ohne Hirten“ (Mk 6,34) bezeichnet und sich selbst als denjenigen, der gesandt ist, die verlorenen Schafe zu suchen (Mt 18,12; Lk 15,3–7). Er kümmert sich liebevoll um seine Schafe, sie kennen seine Stimme (Joh 10,4). Durch dieses schöne Bild offenbart Jesus, dass er allein die Tür zur Erlösung und der gute Hirte ist, der als fleischgewordener Gott seine Herde hütet, indem er für ihre Errettung stirbt. Er kennt die Seinen. Er liebt sie. Diejenigen, die wahrlich zu ihm gehören – die ihm der Vater gegeben hat – kennen seine Stimme und finden Sicherheit in seiner Herde.

Kirchliches Engagement hat Zukunft, weil ...

es gar keinen anderen Weg geben kann. Gott lenkt, der Mensch denkt. Die Kirche wird immer von den Menschen getragen werden. In guten wie in schlechten Zeiten. Sicherlich ist es gerade keine leichte Zeit, aber auch das werden wir meistern und zwar gemeinsam.

* **Mehr unter**
www.gemeinde-creativ.de.

Vom besten passiven Wahlrecht der Welt Alles demokratisch, oder was?

Von Diana Schmid

Freie Autorin

Wenn man den Begriff *Demokratie* hört, kommen einem so manch staatstragenden Begriffe in den Sinn. Freiheit etwa. Oder die Verfassung, ganz unbedingt sogar, denn die ist verbrieft. Dann der Souverän, der das Sagen hat, das Volk also. So steht es geschrieben. Schließlich gibt es durch Wahlen die gewählten Vertreterinnen und Vertreter. Was aber nun hat diese Struktur mit der Glaubensdimension zu tun? Viel, sehr viel sogar!

Ein demokratisches Land. Die Leute leben freiwillig dort. Freiheit als entscheidendes Merkmal. Diese Bewegungsfreiheit gewissermaßen, übrigens auch im übergeordneten Sinne, kennzeichnet die Demokratie. Freilich gilt dies innerhalb gewisser Einsäumungen und Leitplanken, weil das kein rechtsleerer Raum ist. So gibt es eine Verfassung, aus der

gewisse Rechte und Pflichten erwachsen, etwa ein aktives oder passives Wahlrecht.

Das Reich Gottes. Die Leute leben freiwillig in diesem Reich. Auch hier gilt das Freiheitsprinzip. Freiwilligkeit ist angesagt. Niemand wird gezwungen. Aber jeder darf sich hineinbewegen. Gott richtet sich an alle – an die, die es für sich annehmen. Für diejenigen ist das ebenso wenig ein luftleerer Raum. In Gottes Wort stehen die Verkehrsregeln einerseits, damit bei aller Freiheit kein Chaos auf den Bewegungsstraßen entsteht. Und es gibt Verheißungen. Dieser Rahmen von Ordnung und Verheißung ist verbrieft.

Somit steht in der Bibel alles Maßgebliche drin. Was nun das Wahlrecht anbelangt, könnte man sagen, dass hier, innerhalb der Glaubensdimension, ganz ebenso ein aktives und passives Wahlrecht besteht. Denn das Reich Gottes lässt sich wie folgt

veranschaulichen: Das aktive Wahlrecht heißt doch, dass wir uns freiwillig für Gott entscheiden können. Wir haben die Wahl. Betreffend des passiven Wahlrechts stellt sich das gleich noch viel genialer dar, wenn wir es dermaßen betrachten, dass wir von Gott erwählt sind. Wenn das nicht die beste Botschaft überhaupt ist! Diese gilt ganz unabhängig davon, auf welchem Staatsgebiet sich jemand befindet. Auch ganz gleich, von welchem irdischen Machthaber er regiert wird. Es spielt keine Rolle, wie unfrei oder frei seine Bedingungen und Bewegungsmöglichkeiten auch sein mögen. Es macht hier keinen Unterschied, ob ein Erwählter Gottes in einer oder keiner Demokratie lebt. Denn eines steht doch gewisslich fest: Bei Gott geht es gerecht zu und seine Zusage gilt, basisdemokratisch. Also ran an die Wahl, nicht an der Urne, sondern im Herzen, wo diese Entscheidung stattfindet.



GRAFIK: MORDOLFF / ISTOCK

Magazin für engagierte Katholiken – alle zwei Monate

- Informationen für die Mitglieder der Pfarrgemeinderäte, Kirchenverwaltungen und katholischen Verbände
- Anregungen und Hilfen für die praktische Arbeit in der Pfarrgemeinde
- Hintergrundinformationen, Kommentare und Interviews zu gesellschaftlichen und kirchlichen Entwicklungen
- Geistliche Begleitung quer durch das Kirchenjahr

Herausgegeben vom *Landeskomitee der Katholiken in Bayern*

www.gemeinde-creativ.de



DEMOKRATIE IM UNTERRICHT